

PROTOKOLL

*über die 4. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Mittwoch,
den 20. Dezember 1967, im Rathaus, I. Stock, hinten, Gemeinderatsitzungssaal*

Beginn der Sitzung : 15,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

LSI Prof. Stephan Radinger

Leopold Petermair

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Rudolf Fürst

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Rudolf Luksch

Franz Mayr

Therese Molterer

August Moser

Walter Moser

Helmut Piis

Erich Sablik

Hubert Saiber

Heinrich Schwarz

Franz Weiss

Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Anna Bendel

Ing. Ingomar Böhm

Johann Brunmair

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Karl Fritsch

Franz Frühauf

Dr. Hermann Gärber

Karl Gherbetz

Johann Heigl

Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Otwin Knapp

VOM AMTE:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Karl Enzelmüller

Magistratsdirektor-Stellvertreter

Obermagistratsrat Dr. Johann Eder

Oberamtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Alfred Eckl

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

- 1) Ha-4200/66 Nachtragsvoranschlag 1967. (Beilage B)
- 2) Ha-3700/67 Voranschlag 1968.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen, im heutigen Jahr letzten aber entscheidendsten Sitzung des Gemeinderates, recht herzlich begrüßen. Die Gemeinderatsitzung ist beschlußfähig. Als Protokollprüfer schlage ich Ihnen die Herren Gemeinderäte Mayr und Luksch vor. Sind Sie damit einverstanden? Danke.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen. In der Abwicklung der Tagesordnung ersuche ich Herrn Kollegen Bürgermeister Radinger, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister, den Nachtragsvoranschlag vorzutragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es wurde Ihnen der Nachtragsvoranschlag übermittelt. Es ist dies eine Sammlung jener nicht im Haushaltsvoranschlag 1967 enthaltenen Beträge, die von Ihnen entweder im Gemeinderat oder Stadtsenat im Laufe des Jahres

beschlossen wurden. Ich glaube, daß wir darüber keine allzu große Diskussion abhalten müssen. Ich will Ihnen ohne langatmige Einleitung den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen und Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

- 1) Ha-4200/66

Nachtragsvoranschlag 1967.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. 12. 1966, Ha-4200/66, womit der Voranschlag 1967 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1967 wie folgt abgeändert:

- 1) Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von
S 95,538.800 auf

S 112,587.800

die Gesamtausgaben von
S 95,538.800 auf

S 112,587.800

daher ausgeglichen

-, -

=====

- b) die Reineinnahmen von
S 87,700.600 auf

S 104,983.600

die Reinausgaben von
S 87,700.600 auf

S 104,983,600

daher ausge-
glichen

-, -

=====

2) Der außerordentliche Haushalt
die Gesamteinnahmen von
S 28,716.400 auf

S 59,690.000

und die Gesamtausgaben von
S 57,150.000 auf

S 59,690.000

daher ausge-
glichen

-, -

=====

Die übrigen Bestimmungen des
Gemeinderatsbeschlusses vom 15. 12.
1966, betreffend den Voranschlag für
das Jahr 1967, bleiben unverändert.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre
Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-
TER LSI PROF. STEPHAN RADIN-
GER:

Sie haben den Antrag des Herrn
Bürgermeisters gehört. Wünscht je-
mand zu diesem Antrag das Wort? Das
ist nicht der Fall. Ich darf also anneh-
men, daß Sie mit diesem Nachtragsvor-
anschlag einverstanden sind und somit
die Zustimmung erteilen. Ist jemand
gegen diesen Antrag? Das ist nicht der
Fall, der Nachtragsvoranschlag ist
einstimmig angenommen. Ich bitte nun
den Herrn Bürgermeister, zum Vor-
anschlag 1968 zu sprechen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Sehr verehrte Damen und Herren des
Gemeinderates!

So wie wir es vom Weihnachts-
fest sagen "Alle Jahre wieder", so fin-
den sich auch die Gemeinderäte immer
wieder zusammen, um den Haushalts-

voranschlag für das kommende Jahr zu
beschließen. Nur der Personenkreis,
der heuer darüber beschließen wird,
hat sich geändert. 17 neue Gemeinde-
räte sind in die Gemeindestube einge-
zogen. Manche Referate haben ihren
Inhaber gewechselt. So auch das Fi-
nanzreferat, das über mehr als 20 Jah-
re Kollege Schanovsky mit bestem Er-
folg inne hatte, ist nach seinem Aus-
scheiden an mich übertragen worden.
Der sehr publikumswirksame Leitge-
danke, ein schuldenfreies Budget auf-
zustellen, konnte schon im vergange-
nen Jahr nicht mehr gehalten werden.
Schon das Budget für 1967 sah im au-
ßerordentlichen Haushalt eine Kredit-
aufnahme von 28 Millionen Schilling
vor. Wenn auch der Umfang der In-
anspruchnahme von Kreditmitteln aus
Kreditinstituten noch relativ gering
war, so müssen wir uns doch damit
vertraut machen, in den kommenden
Jahren erhebliche Kredite in Anspruch
zu nehmen, wenn wir unsere Investi-
tionstätigkeit nicht einstellen oder ver-
mindern wollen. Dies dürfen wir ge-
rade in der Gegenwart nicht, auch nicht
in den folgenden Jahren. Denn wir wür-
den durch eine Einschränkung unserer
Investitionstätigkeit mit den so not-
wendigen kommunalen Einrichtungen
unserer Stadt arg in Verzug geraten.
Es erscheint mir undenkbar, den Wohn-
bau in unserer Stadt zu drosseln. 2620
Neueintragungen enthält die Vormerk-
liste für das kommende Jahr. Woh-
nungssuchende werden von Jahr zu
Jahr mehr. Das heißt, wir müssen uns
ununterbrochen auf diesem Sektor be-
mühen, jenen Kreisen unserer Bevöl-
kerung, die heute noch keine eigene
Wohnung oder keine nach dem derzei-
tigen Standard familiengerechte Woh-
nung besitzen, zu einer Wohnung zu
verhelfen. Die Zahl 2620 neu vermerk-
te Wohnungssuchende ist ungefähr jene
Zahl von Wohnungen, die wir in den
letzten 10 Jahren errichten konnten.

Es erscheint mir auch undenkbar, für den stets ansteigenden Verkehr nicht die notwendigen Straßen, Brücken und den notwendigen Parkraum zu schaffen. Wir müssen auch auf diesem Sektor ständig am laufenden bleiben. Ich bin überzeugt, daß Sie in der Diskussion Forderungen nach verkehrserleichternden Umfahrungsstraßen erheben werden. Wir konnten erleben, wie steil die Kurve des Fahrzeugstandes und des Verkehrsaufkommens vor allem in den letzten Jahren gestiegen ist, wenn auch in den nächsten Jahren sich vielleicht diese Kurven etwas verflachen werden. Die vorausberechenbare Verkehrsdichte auf unseren Straßen wird uns vor schwere Aufgaben auf diesem Sektor stellen. Pläne für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt sind vorhanden, sie sind technisch und organisatorisch möglich und wir sind gerüstet. Nur das notwendige Geld steht uns noch nicht zur Verfügung, diese unsere Pläne zu verwirklichen.

Auf dem Kanalbausektor, auf dem wir einen überaus großen Nachholbedarf decken müssen, werden wir erst langsam den Anschluß an ein modernes Abwasserbeseitigungsnetz in unserer Stadt finden müssen. Es kann ebenfalls nicht daran gedacht werden, dieser Sparte geringere Mittel zuzuweisen. Wenngleich derzeit das Schulwesen oder das Schulraumproblem saturiert erscheint, so sehen wir doch auf diesem Sektor schon wieder neuen Bedarf auf uns zukommen. Wir hatten vor Inbetriebnahme der Taborschule einen Fehlbestand von 29 Klassen. Wir müssen annehmen, daß in dem jetzt vor uns liegenden Zeitraum von 3 - 4 Jahren die Schulgesetzgebung auch darin durchgesetzt wird, daß auch die Klassenbelagsziffer, wie es das Schulgesetz vorschreibt, eingehalten werden muß. Damit erwartet uns die Notwendigkeit, weitere 10 Klassen zu errich-

ten. Allein aus dem voraussichtlichen Schülerzuwachs in unserer Stadt sind 21 Klassen neu erforderlich. Wir haben bei den derzeitigen Bauvorhaben am Tabor und auf der Ennsleite, wenn sie fertiggestellt sind, 38 neue Klassen. Wir können aus dieser Rechnung ersehen, daß wir ungefähr im Jahre 1971 schon wieder einen Fehlbestand von 22 Klassen haben werden. Ich glaube nicht, daß wir uns in dieser Zeit dem Problem der neu heranwachsenden Schulraumnot werden gänzlich verschließen können.

Diese ganz kurz gefaßte Aufzählung dringendster kommunaler Aufgabengebiete soll auch nur demonstrativ für den großen umfangreichen Katalog kommunaler Aufgaben angeführt sein.

Es würde aber auch eine drastische Einschränkung kommunaler Investitionstätigkeit der Wirtschaft in unserer Stadt schweren Schaden zufügen. In manchen Berufssparten könnten dadurch ernste Gefahren für den Bestand dieser Betriebe heraufbeschworen werden. Aus den ordentlichen Einnahmen ist eine Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes in keiner Weise gewährleistet. Die vorher angeführten Gründe veranlassen uns daher zwingend, Kredite in Anspruch zu nehmen, das heißt Schulden zu machen. Die Frage nach der Ursache dieses erheblichen Notstandes unserer Stadtfinanzen ist noch einer besonderen Beantwortung zuzuführen. Ich glaube, der Begriff Notlage ist dann voll berechtigt, wenn eine Stadt aus ihren ordentlichen Einnahmen die Erfordernisse nicht mehr bestreiten kann. Es ist natürlich nicht nur ein Grund, sondern es sind deren mehrere die Ursache dieser Situation. Der gravierendste Grund ist der Rückgang der Steuerleistung der Wirtschaft in unserer Stadt. Beispiel hierfür sind das Sinken der Einnahmen aus eigenen Steuern.

Deutlich zeigt sich dieser Rückgang, wenn wir die im Statistischen Jahrbuch der Städte ausgewiesenen Kopfquoten zum Steueraufkommen vergleichen.

Im Jahre 1957 hatten wir eine Kopfquote von 1.907,- Schilling pro Einwohner. Diese Kopfquote hat sich in diesem Zeitraum von 1.500,-, 1.100,-, 1.000,-, 1.200,-, 1.300,- auf derzeit 1.380,- im Jahre 1968 auf 1.350,- reduziert. Wir haben hier einen Abfall in absoluten Zahlen, das heißt die Zahl der Schillinge ist weniger geworden. Nun wissen wir aber auch, daß der Wert des Schillings eine Minderung erfahren hat. Bezogen auf den Lebenshaltungskostenindex müßte die Kopfquote heute einen Wert von rund S 2.800,- haben. Nachdem wir aber überwiegend lohnintensiv arbeiten, müssen wir zum Vergleich den Baukostenindex anlegen. Darnach würde die uns heute zustehende Kopfquote bei ungefähr S 3.100,- liegen müssen. Wir können daraus die Diskrepanz zwischen S 1.300,- und S 3.100,- im Steueraufkommen unserer Stadt erkennen. Es muß auch hier, um die Vergangenheit zu rekonstruieren, gesagt werden, daß wir in der Vergangenheit zur Bewältigung unserer Investitionstätigkeit auch außerordentliche Einkünfte zur Verfügung hatten, so z. B. aus dem Verkauf unserer Anteile am E-Werk Steyr, die wir an die OKA mit rund 16 Millionen Schilling verkauften. Weiters ein konvertiertes Wohnbaudarlehen aus der Wohnbauförderung des Landes im Ausmaß von 32 Millionen Schilling. Solche außerordentlichen Einnahmen werden uns in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Daß die Gewerbesteuer rückläufig ist, liegt sicher auch in einer derzeit sehr angespannten Wirtschaftslage der Betriebe in unserer Stadt, zu einem erheblichen Teil aber auch in der Steuergesetzgebung des Bundes begründet. Ich will nur als einige der wenigen

Beispiele auch die Wirtschaftswachstumsgesetze anführen, die den Bund, den Ländern und den Gemeinden nach vorsichtigen Schätzungen 2 - 2,5 Milliarden Schilling entzogen haben. Die Auswirkungen der Lohn- und Einkommenssteuer - nicht um sie zu kritisieren, sondern nur um die finanzielle Lage zu demonstrieren - mindern die Steuereinkommen aus dieser Sparte um ungefähr 3 Milliarden Schilling, wovon natürlich auch in erklecklichem Maße die Gemeinden benachteiligt sind. Daß durch das Finanzausgleichsgesetz 1967 besonders die Industriegemeinden härter getroffen werden, ist sicher sehr bedauerlich, aber in unserem Wirkungsbereich nicht zu ändern. Sie wissen ja, daß die Einkommenssteuer durch dieses Finanzausgleichsgesetz 1967 zwischen Bund und Gemeinden im Verhältnis 50 : 50 geteilt wurde. Sicher, in Wirtschaftskrisenzeiten ist ein auf etwas breiterer Basis stehendes Steuereinkommen ein sicherer, wenn auch dünner Stiel, über den wir in wirtschaftlicher Hinsicht schreiten. Ein weiterer Hinweis der auch für unsere Steuereinkommenssituation beachtlich ist, ist der Gewerbesteueranteil aus den Steyr-Daimler-Puch-Werken, der von einst 60 % auf nun ungefähr 49 % für Steyr gesunken ist, bedingt durch das Ausweiten des Konzerns in anderen Gebieten Österreichs.

Durch das Finanzausgleichsgesetz 1959 und 1967 ist zwar das Einkommen der Städte untereinander etwas nivelliert worden. Es bestanden früher Spannen von 1 : 10; heute können wir auf eine Einkommensspanne von 1 : 5 blicken und auf dieses Verhältnis hat sich diese Differenz eingependelt. Heute sind die Einkünfte der Gemeinden, gemessen am Ansteigen der Budgets des Bundes und der Länder, weit zurückgeblieben. Die Budgets des Bundes in den abgelaufenen 10 Jahren sind von 30 Milliar-

den Schilling auf derzeit 84 Milliarden angestiegen. Das Brutto-Nationalprodukt ist von ungefähr S 10.000,- pro Kopf der Bevölkerung im gleichen Zeitraum auf S 33.000,- pro Kopf der Bevölkerung gestiegen. Das Budget des Landes ist seit dem Jahre 1958 von 910 Millionen Schilling auf derzeit 2.600 Millionen Schilling angestiegen. Es sei nochmals auf das Absinken der Kopfquote des Steueraufkommens unserer Stadt von S 1.900 im gleichen Zeitraum auf S 1.300 hingewiesen. Wir werden daher nie erlahmen dürfen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf dieses Mißverhältnis hinzuweisen. Wir wissen, daß wir hier nicht allein stehen, daß wir gerade im Städtebund und dessen Ausschüssen eine wertvolle Hilfe besitzen. Sind die Einkünfte der Städte mit dem Wohlstandstrend nicht mitgehoben worden, so müssen wir auf einer anderen Seite feststellen, daß die notwendigen kommunalen Aufgaben im letzten Jahrzehnt steil angewachsen sind. Ich will nochmals die Baukosten hier anführen, aber auch die Erfordernisse oder besser gesagt die Leistungen an andere Gebietskörperschaften und für andere Gebietskörperschaften sind wesentlich angestiegen. Ich nenne nur den Polizeikostenbeitrag. Dieser wurde in der Diskussion aller Budgetsitzungen hier kritisiert. Er ist im Finanzausgleich 1967 wieder von S 60,- auf S 80,- angehoben worden. Wir werden im Detail noch auf die Ziffern zurückkommen. Wir haben schon von den Schulgesetzen gesprochen, die der Stadt erhebliche Mehrkosten auferlegen werden. Ich erwähne nur am Rande, daß die Gesetzgebung des Landes auf die Finanzen der Städte greift, wenn sie für ihre Aufgaben keine ausreichende Deckung vorfindet. Die Rehabilitationskosten für die Zivilinvaliden, den Berufsschulaufwand im Land OÖ, das Krankenanstaltendefizit müssen wir ebenfalls mitbestreiten. Auch

die Landesumlage ist eine Forderung, die man an uns gestellt hat, die eine Größenordnung von jährlich rund 10 Millionen einnimmt. Es sind dies auch nur beispielsweise angeführte Belastungen, die aber in der Zwischenzeit sehr stark angewachsen sind. Die Personalerfordernisse sind in einem großen Maße gestiegen, daß, wenn wir deren Auswirkung auf die Bediensteten auch verstehen und sie als gerechtfertigt ansehen, sie uns doch als beängstigend erscheinen müssen. Die Personalangabe stieg von ungefähr 18 % (vor ungefähr 10 Jahren) auf derzeit 40 % des ordentlichen Haushaltes an. Dazu muß aber auch gesagt werden, daß in der Gemeindeverwaltung der Personalstand sich vermindert hat. Lediglich in verschiedenen kommunalen Einrichtungen, wie Altersheim, Schulbauten, Kindergärten, hat sich mit dem Ausbau dieser Einrichtungen auch eine Vergrößerung im Personalstand ergeben. Es sind in der Verwaltung um ungefähr 100 Bedienstete weniger als noch vor 10 Jahren beschäftigt waren. Dabei können wir nicht sagen, daß das Aufgabengebiet der Gemeindeverwaltung geringer geworden ist. Ich muß schon sagen, daß hier die Leistungen mit dem verringerten Personalstand trotzdem unreduziert vor sich gegangen sind. Die Erhöhungen des Personalstandes - es waren nur um 22 Personen gegenüber vor 10 Jahren mehr - sind gering. Der Lehrerstand hat sich um 13 vermehrt, die Kindergärtnerinnen um 21, die Schulwarte um 31, die Gärtnerei durch den Ausbau der Anlagen um 11, das Altersheim um 34 und auch die Ausweitungen der Verkehrseinrichtungen unserer Stadt haben mehr Personal erfordert.

Das ist auf dem Personalsektor zu sagen. Möge Ihnen diese kurze einleitende Erklärung zu unserem Budget einige Hinweise über die finanzielle Situation, in der wir uns gegenwärtig be-

finden, gegeben haben. Möge es aber vor allem Erkenntnis geworden sein, wie integrierend die finanzielle Lage einer Gemeinde zur Umwelt bzw. zur Gesetzgebung im Land und Bund ist.

Nun noch einige Zahlen, die die Dramatik des Schuldenmachens ein wenig entschärfen sollen, wenn wir den Schuldenstand einiger Städte ansehen. Ich habe die Ziffern nur aus dem Berichtsjahr 1965 zur Verfügung, sie sind daher nicht mehr aktuell, sie zeigen aber auch hier schon in der Relation sehr deutlich, wo wir selbst uns befinden.

Wien hat pro Kopf und Einwohner einen Schuldenstand gehabt von	S 2.400,-
Salzburg	S 4.800,-
St. Pölten	S 2.500,-
Klagenfurt	S 5.200,-
Innsbruck	S 6.500,-
Wels	S 2.500,-
Linz	S 2.000,-
Steyr	S 10,-

Eine mir erst heute in die Hand gekommene Broschüre über "die Gemeinde und der Kapitalmarkt" gibt Einblick auch auf diesem Sektor über die Verschuldung der österreichischen Gemeinden. In dieser Broschüre sind einige Tabellen enthalten, die ich nur kurz erwähnen will. Die Anleihen, die österreichische Gemeinden bis Ende dieses Jahres aufgelegt haben, betragen 3,3 Milliarden Schilling, die Gemeindefinanzierung durch Emission von Wertpapieren haben einen Stand von mehr als 1 Milliarde Schilling und von Kreditinstituten an Gemeinden gewährte Kredite haben einen Umfang von 5 Milliarden Schilling. Es ergibt sich hier, nur überschlagsartig umgerechnet, eine Verschuldung der Gemeinde pro Kopf der Bevölkerung von nahezu an die 8 - 10.000 Schilling. Das möge nicht als Trost gesagt sein, sondern zur Orientierung des Standortes, auf dem wir uns auf diesem Sektor befinden.

Nach diesen kurzen allgemeinen Betrachtungen wollen wir uns dem Haushaltsvoranschlag 1968 selbst zuwenden.

Vorerst der Umfang des Haushaltsvoranschlages. Sie haben sicher schon Gelegenheit gehabt, ihn auch zu studieren.

(Bürgermeister Josef Fellingner verliest Auszüge aus dem Vorbericht zum Voranschlag 1968). - Beilage A

Außerdem erklärt Bürgermeister Fellingner: "Wir haben schon Kontakte mit Kreditinstituten aufgenommen und auch schon konkrete Zusicherungen von der Sparkasse diesbezüglich erhalten. Die genauen Verhandlungen können erst im kommenden Jahr abgewickelt werden. Wir werden natürlich, solange noch ein Schilling bei uns flüssig ist, mit der Kreditaufnahme zuwarten, aber es wird kommendes Jahr unvermeidlich sein, höhere Kredite aufzunehmen. Wir haben an 90 - 100 Millionen Schilling gedacht, und zwar soll der Zuzahlungszeitraum ungefähr 3 Jahre und die Laufzeit der Tilgung 20 Jahre betragen. Ob die besagte Laufzeit genehmigt werden wird, hängt natürlich von den kommenden Verhandlungen mit dem Kreditgeber - das ist die Sparkasse - ab."

Damit haben wir auch den Inhalt unseres Haushaltsvoranschlages erschöpft. Ich darf Ihnen daher den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Kenntnis bringen und Sie ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) Ha-3700/67

Voranschlag 1968.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1968 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

	<u>S 102,392.900</u>
der außerordentliche Haushalt in den Einnahmen mit	S 30,561.100
in den Ausgaben mit	<u>S 44,190.000</u>
folglich mit einem Abgang von	S 13,628.900

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlags gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 13,259.500 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 4,730.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 640.000 ausgeglichen, sowie die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1967 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.

Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapitel	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Darf ich dem Herrn Bürgermeister für seinen Vortrag, den Sie gehört haben, danken.

Als erster Redner hat sich Herr Kollege Petermair gemeldet.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum Voranschlag 1968 zu sprechen, ist nicht so leicht wie in den vergangenen Jahren. Wir haben aus den Ausführungen des Finanzreferenten schon die Gründe hiefür vernommen. Bisher war es unser Prinzip, keine Schulden zu machen und da wir bei diesem Prinzip verblieben sind, haben wir auch keine Zinsenzuschüsse erhalten. Wir mußten daher alle unsere Aufgaben sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt selbst bewältigen. Ob es symbolisch ist oder nicht, das weiß ich nicht, aber wir haben mit dem kommenden Voranschlag 1968 einen neuen Finanzreferenten erhalten und das zeigt auch schon rein äußerlich, daß sich eine Veränderung auch in der Budgeterstellung erheben hat. Wenn wir bisher von der Möglichkeit "Schulden machen" keinen Gebrauch gemacht haben - das war Sache des vergangenen Gemeinderates - so sind wir nun zur Überzeugung gekommen, daß es doch notwendig ist, um die verschiedenen Vorhaben durchführen zu können, Kredite aufzunehmen. Es ergibt sich die Frage, ob wir das nicht schon früher hätten tun können? Wie der Herr Bürgermeister ausgeführt hat, ist es jetzt notwendig und wir unterstützen diesen Vorgang, weil wir zur Hebung der

Investitionstätigkeit diese Kreditaufnahme für notwendig erachten. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, daß ich ein paar Worte zum ordentl. Haushalt verliere, zum außerordentlichen aber etwas mehr spreche.

Beim ordentlichen Haushalt ist uns etwas aufgefallen. Wir haben unsere Wünsche rechtzeitig eingebracht - die Fraktionen sind selbstverständlich berechtigt, Wünsche zum Budget vorzubringen - sie wurden aber fast nicht berücksichtigt. Es ist vielleicht verständlich, weil die Deckung dafür nicht vorhanden ist, aber man hätte dort und da auf unsere Wünsche eingehen können. In erster Linie glaube ich, wäre es auch Sache der Mehrheitsfraktion, sich mit diesen Problemen zu befassen und sich auch mit der Minderheitsfraktion darüber zu beraten. Das trifft mehr oder weniger für den außerordentlichen Haushalt zu. Beim ordentlichen Haushalt ist hier eine Post vorgesehen, und zwar Asphaltierung bestehender Straßen und diese Haushaltspost wurde um 500.000 Schilling niedriger angesetzt als im Voranschlag 1967. Ich glaube, daß unseres Erachtens diese Herabsetzung der Voranschlagspost von 1,5 Mill. auf S 1 Mill. nicht gerade günstig erscheint, zumal gerade in den Randgebieten unserer Stadt manche Straßenzüge noch so sind, daß sie einer Renovierung bedürfen, daß sie aber auch der Prüfung zu unterziehen sind, ob sie nicht auch staubfrei zu machen wären. Ein zweiter Punkt im ordentlichen Haushalt wäre die Straßenbeleuchtung. Wenn man des Abends Spaziergänge durch die Stadt macht, so merkt man, daß es noch dort und da an der Straßenbeleuchtung mangelt, vorallem im Gebiet um die Promenade, in der Bürstmayrsiedlung, in Teilen von Münichholz, im Wehrgraben und der Fabrikstraße usw. Das sind nur Beispiele. Hier hat man ebenfalls eine zwar nur geringfügige Herabsetzung der Bud-

getpost für 1968 vorgenommen, was unseres Erachtens gerade in Hinsicht auf eine bessere Straßenbeleuchtung nicht notwendig gewesen wäre.

Am Rande noch kurz zu den Kanzleierfordernissen. Unseres Erachtens ist der Betrag von S 450.000,-- für Kanzleierfordernisse denn doch etwas zu hoch gegriffen, zumal vielleicht auch - bitte ich weiß es nicht - die Drucklegung eines Amtsblattes mit aufscheinen soll, dessen Kosten aber unseres Erachtens vielleicht auch durch die Inserateneinnahme zu decken wären. Wenn man hier vielleicht einen Betrag von S 100.000,-- vorsieht, so bleiben immer noch S 350.000,-- für Kanzleierfordernisse. Meine Damen und Herren, wenn man oft Amtsberichte und Anträge im Stadtsenat vorgelegt bekommt und man die Akten durchblättert, so kommt man darauf, daß oft für einen solchen Antrag 40 - 50 Abzüge gemacht werden. Es erhebt sich nun die Frage, ob das wirklich notwendig ist?

Das zum ordentlichen Haushalt.

Zum außerordentlichen Haushalt haben wir schon etwas mehr zu sagen. Wir haben hier vernommen, daß auf der Einnahmenseite des außerordentlichen Haushaltes eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von 1,4 Millionen Schilling vorgesehen ist. Ich bin kein Finanzpolitiker und bin auch daher nicht im Bilde, wie man sich das errechnen kann. Wenn ich auf Seite 85 des Voranschlages die Zuführung zum außerordentlichen Haushalt ansehe und hier Vergleiche ziehe, so muß ich sagen, wenn die Rechnung 66 einen Betrag von 22 1/2 Millionen Schilling rund ergeben hat, so erhebt sich doch die Frage, daß man im Jahre 1968 vielleicht mit einem Mehrertrag wird rechnen können, zumal uns ja auch die Rechnung 1967 noch nicht vorliegt. Ich kann ohne Zweifel hier annehmen, daß sich noch manches zugunsten der Stadt-

finanzen ergeben wird. Es ist uns klar, daß wir wohl Wünsche zum außerordentlichen Haushalt vorbringen können, daß dazu aber die Mittel für eine Deckung nicht vorhanden sind. Deshalb begrüßen wir es von unserer Fraktion aus, daß wir erstmals auch den Weg einer Kreditaufnahme gehen und wir uns bemühen werden, Kreditmittel für das Budget zu bekommen, das heißt zur Durchführung gewisser Vorhaben. Es ist klar, daß begonnene Vorhaben beendet werden müssen. Es ist aber auch verständlich, daß jede Fraktion Wünsche zum außerordentlichen Voranschlag hat und solche Wünsche gestatten Sie mir, daß ich auch vorbringe, zumal wir auch diese Wünsche schriftlich eingebracht haben. Hier meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir uns mit einer Post im außerordentlichen Voranschlag nicht Ihres Sinnes erklären, das ist auf Seite 90 unter Post 27-91 die Errichtung eines Lehrschwimmbeckens mit einer Ansatzpost von S 500.000,--. Unsere Fraktion lehnt das strikte ab. Ich bitte aber Kollegen Moser bei der Berichterstattung im Tagblatt richtig zu formulieren. Wir lehnen nur die Errichtung eines Lehrschwimmbeckens in dem Sinne ab, daß es nur ein Lehrschwimmbecken sein soll, sondern wir bitten den Gemeinderat, darüber zu entscheiden für das nächste Jahr - uns ist klar, daß das nicht von heute auf morgen gehen kann - sich doch Gedanken darüber zu machen, ein Hallenbad zu errichten. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Es muß kein Luxus-Hallenbad sein. Man kann auch ein Hallenbad mit normalen Mitteln errichten. Eine Institution der Stadt hat es mit verhältnismäßig geringen Mitteln geschafft. Es gibt verschiedene Möglichkeiten in Steyr, ein Hallenbad zu errichten, zumal wir auch im Stadtbad vorgewärmtes Wasser haben. Man müßte nur die Architekten oder die

zuständigen Fachleute anhören und die sollen Vorschläge machen. Daher unser Wunsch zur Errichtung eines Hallenbades.

Nicht nur Hallenbad, sondern das Nächste was ich anschneiden will, ist eine Stadthalle. Ich möchte bitten, sich mit dem Problem näher zu befassen und auch einen Ausschuß zu errichten, der sich mit der ganzen Problematik befassen soll, damit man sehen kann, wie man mit minimalen Mitteln Optimales für die Bevölkerung dieser Stadt erreichen kann. Schauen Sie, meine Damen und Herren, ein Lehrschwimmbecken wie es die Mehrheitsfraktion vielleicht sieht, ist unseres Erachtens den Schülern vorbehalten, denn das sagt ja schon der Ausdruck Lehrschwimmbecken. Uns schwebt vor, daß wir die Zeit bis zur richtigen Wintersaison, wo heute der Großteil der Bevölkerung sich dem Schisport widmet, auch für den Sport ausnützen kann. Hier kann man es der Bevölkerung nur bieten, wenn man ein Hallenbad hat. Wir haben auch voriges Jahr in der Budgetdebatte feststellen müssen, daß eine eklatant hohe Zahl der Schüler noch nicht schwimmen kann. Dazu wäre ohne weiteres ein Lehrschwimmbecken richtig. Aber es soll nicht nur den Schülern vorbehalten bleiben, sondern auch der Bevölkerung der Stadt zugänglich gemacht werden. Wir können diesem Punkt nicht zustimmen.

Ich habe vorher gesagt, daß ich nach dem Hallenbad noch etwas anzufügen habe, das ist die Stadthalle. Hier haben wir ebenso die Bitte, daß sich ein Ausschuß von Fachleuten damit befassen soll, ob es zweckmäßig und günstig ist. Wir glauben ja, weil eine Stadthalle nicht einem bestimmten Zweck allein zu dienen hat, sondern wir uns vorstellen, daß eine Stadthalle eine Mehrzweckhalle sein soll. Sie soll nicht nur Sportveranstaltungen

gen, kulturellen Veranstaltungen, sondern auch für gesellschaftliche Veranstaltungen dienen. Werte Kollegen der Mehrheitsfraktion, hoffentlich sind Sie mir nicht böse, wenn ich das hier heute anbringe. Das Casino allein ist für die Stadt zu wenig, zumal dann, wenn es verschiedenen Einrichtungen nicht möglich ist, die Benützung des Casinos zu jeder Zeit zu erwirken. Wir mußten das selbst verspüren, daß es uns verwehrt wurde für die Pensionisten, als wir im Oktober eine Altenveranstaltung abführen wollten. Obwohl uns im August die Zusage für die Benützung des Casinos gegeben worden ist, wurde 14 Tage vor der Veranstaltung abgesagt mit der Begründung, zu dieser Zeit ist es für euch nicht möglich, das Casino zu benützen, zu jeder anderen Zeit aber wohl. Ich glaube, verehrte Kollegen der Mehrheitsfraktion, das sind die Gründe, die uns veranlaßt haben, nach wie vor - wir haben es schon in den vergangenen Budgetdebatten immer wieder angeschnitten - die Forderung zur Errichtung einer Stadthalle, die aber eine Mehrzweckhalle sein soll, zu erheben.

Wenn hier der Einwand erhoben wird, wir bekommen nach dem Freiwerden der Garage von der Geste oben bei der Kaserne eine Möglichkeit zur Schaffung eines Lokales für Massenveranstaltungen, so mag das vielleicht für die eine oder andere Veranstaltung richtig sein. Es mag für Sportveranstaltungen, Boxkämpfe usw. das Gegebene sein. Für gesellschaftliche Veranstaltungen und derlei Dinge, die uns hier vorschweben, keineswegs. Wenn man mit Flickwerk beginnt, so haben wir in den letzten Jahren immer wieder feststellen können, daß flicken mehr kostet als neu bauen.

Ein nächstes Problem, das uns sehr am Herzen liegt, ist das Raumproblem der Handelsakademie. Sie al-

le wissen genauso gut wie wir, daß das Raumproblem der Handelsakademie sehr im argen liegt, daß sowohl der theoretische wie auch der körperliche Unterricht nicht so erfolgt, wie man es für eine Erziehungsmöglichkeit der Jugend wünscht. Es ist meines Wissens etwas im Gang. Man führt Gespräche, die Handelsakademie eventuell an den Bund abzutreten. Nun gut. Wenn sich diese Verhandlungen günstig für uns ergeben, so würde dieses Problem für uns wegfallen, denn dann wäre der Bund dafür zuständig. Sollte eine solche Verhandlung nicht günstig für uns ausgehen, das heißt, daß wir nach wie vor für die Handelsakademie als städtische Handelsakademie aufkommen müssen, dann ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, den Schülern, die dort den Unterricht genießen, in beider Hinsicht, sowohl im theoretischen als auch im praktischen Unterricht, das zu bieten, was man sich von einer solchen Schule erwartet. Unser Wunsch wäre es, hier einen Neubau durchzuführen. Sie werden uns wahrscheinlich jetzt als Utopisten bezeichnen, das ist aber nicht richtig. Glauben Sie mir, man kann mit geringen Mitteln manches erreichen. Hier wäre es möglich, das alte Haus in der Schwimmschulstraße anderen Zwecken zuzuführen. Wir denken hier an eine Tagesheimstätte für die Alten oder für andere sich ergebende Möglichkeiten. Wenn ich schon Tagesheimstätte für die Alten erwähne, so hätte unsere Fraktion die Bitte und den Wunsch, hier ähnlich wie Linz Erholungsurlaube für unsere Alten in der Stadt ins Auge zu fassen und sich auch eines Tages mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Wenn es Linz kann, dann soll es auch Steyr können.

Nun etwas anderes, meine geehrten Damen und Herren! Das Jahr 1968 wird der Stadt das Fremdenverkehrstatut bringen und Steyr wird eine Fremdenverkehrsgemeinde. Wenn wir

hier auch nichts tun, dann wird aus dem ganzen Fremdenverkehrsgebiet nicht viel herausgesehen. Hier hätten wir gebeten, zusätzliche Mittel für die Instandsetzung bestehender Straßen bereitzustellen. Wir denken hier vor allem an die Zubringerstraßen nach der Stadt. Wir haben, wenn wir in Richtung Salzburg fahren, eine wunderbare Zufahrtsstraße nach Enns. Wollen wir in Richtung Wien fahren, haben wir heute schon eine sehr gute Zubringerstraße nach Stadt Haag, aber erst von der nö. Grenze an. Hier wäre es unser Wunsch - ich weiß, daß das eine Bundesstraße ist und zur Landesstraßenverwaltung gehört - daß es sich die Stadtverwaltung angeeignen lassen würde, hier im Wege der Intervention bei der Landesstraßenverwaltung alles daranzusetzen, daß das Stück von Ramingdorf bis nach Steyr einer Sanierung unterzogen wird. Meine Damen und Herren, wir müssen ja weiterdenken als auf einen kurzen Zeitraum. Wir müssen, wenn wir Fremdenverkehrsstadt sein wollen, auch die Möglichkeit dem Fremden geben, in die Stadt zu kommen. Nicht nur in der Stadt selbst werden sich die Fremden aufhalten, Steyr wird zum Mittelpunkt eines Fremdenverkehrsgebietes werden. Es wird dann wahrscheinlich negativ sein, wenn wir keine Möglichkeiten haben, angenehm und schön nach der Stadt zu kommen.

Das Zweite wäre die Sanierung der Sierninger Straße bis zum Krankenhaus. Das ist auch eine Angelegenheit der Landesstraßenverwaltung. Hier ebenso unsere Bitte, im Wege der Intervention mehr zu erreichen. Es müßte unsere Aufgabe sein als Stadtverwaltung den Weg der Intervention zu gehen. Wir wissen, daß diese beiden Straßenzüge, die Haager Straße und die Sierninger Straße nicht in das Aufgabengebiet der Stadtverwaltung gehören, wir wissen, daß das

Sache der Landesstraßenverwaltung ist. Sind wir doch ehrlich, je öfter ich wo anklopfe und solange anklopfe, bis es dem Betreffenden zu dumm wird, dann werden wir etwas erreichen, weil man sich auf der anderen Seite sagt, diesen lästigen Anklopfer will ich los werden. Nach wie vor ist es daher unsere Bitte, intervenieren, intervenieren und nochmals intervenieren. Dieses Straßenproblem ist nicht nur bei der Haager Straße und der Sierninger Straße gelegen. Uns trifft noch mehr, z. B. die kleine Westumfahrung Seifentruhe. Sie ist sehr notwendig, um eine Verbindung nach der Sierninger Straße und nach dem Westen zu bekommen.

Ein anderes Problem, aber noch viel wichtiger, ist meiner Ansicht nach die Weiterführung der Südtrasse und in Ergänzung dazu natürlich der Hundsgaben. Ich bin jetzt 12 Jahre im Gemeinderat und als wir damals erstmals im Dezember 1955 auch ein Budget vorgelegt bekamen, stand darin schon ein Kostenbeitrag zur Planung oder Projektierung des Hundsgabens. Mittlerweile sind 12 Jahre vergangen, vielleicht waren es schon mehrere Jahre vorher. Das konnte ich nicht nachlesen. Der Hundsgaben wird trotzdem noch problematisch werden, und zwar dann, wenn uns - nicht im kommenden Jahr - aber schätzungsweise im Jahre 1969 das Problem des Baues des neuen Realgymnasiums an den Hals rücken wird. Man wird hier behelfsmäßig für die Bauzeit, für Bauzwecke Straßen einrichten. Das soll doch letzten Endes nicht unser Ziel sein, denn auch das kostet Geld. Wir sollen uns daher sehr ernstlich mit dem Hundsgabenprojekt befassen. Freilich wissen wir genau wie Sie, liebe Kollegen der Mehrheitsfraktion, daß das viel Geld kostet, weil man auch eine neue Brücke bauen muß. Was eine Brücke heute kostet, das wissen wir aus den zu vergebenden Mitteln, die wir für die neue

Ennstalbrücke zur Verfügung stellen mußten. Wenn ich noch ein Problem anschneiden darf, so ist das auch eines, das uns sehr am Herzen liegt. Man soll daran denken, einen sogenannten Betriebsansiedlungsfonds zu schaffen. Es muß nicht von heute auf morgen sein, sondern man soll sich mit diesem Gedanken befassen. Man wird sagen, gut, wenn Betriebe entstehen sollen, die können sich ja an die Kommunalkreditbank wenden. Meines Erachtens ist eine Haftung für Darlehen aus der Kommunalkreditbank ein größeres Risiko als wenn wir aus einem solchen Fonds den Betrieben, die neu entstehen wollen und denen wir Starthilfe geben wollen, mit Zinszuschüssen zu Hilfe kommen. Ich glaube, das wäre das kleinere Risiko, als eine Haftung aus der Kommunalkreditbank.

Dann ergeben sich noch verschiedene andere kleinere Dinge, die uns ebenfalls am Herzen liegen. Sehr erfreut waren wir darüber, daß nunmehr im Voranschlag ein Betrag von S 500.000,- zur Errichtung einer Kunsteisbahn eingesetzt wurde. Wir begrüßen das umsomehr, weil das wenigstens ein Punkt aus unserem Programm ist, das wir schriftlich eingebracht haben, der hier aufgenommen wurde. Zwar nicht in dem Ausmaß, wie wir es uns gedacht haben, aber immerhin ein Ansatzposten und ich glaube, daß man gerade über eine Kunsteisbahn hier nicht allzuviel sprechen braucht, denn dankenswerterweise hat hier die Steyrer Zeitung in der vergangenen Woche einen sehr ausführlichen Bericht darüber gebracht. Von woher weiß ich nicht, aber immerhin, wie ich mich erkundigt habe, dürften die Angaben der Wahrheit entsprechen, sodaß wir die Errichtung schon deshalb sehr begrüßen. Ich möchte nur bitten, daß das nicht beim Wunsch allein bleibt, sondern daß dieser Wunsch

auch erfüllt wird, zumal hier dem Bericht der Steyrer Zeitung zu entnehmen war, daß 60 % zugeschossen werden. Wenn ich mich nicht irre, 40 % vom Bund und 20 % vom Land oder umgekehrt, sodaß die Gemeinde an sich nur mehr 40 % dazugeben muß. Also ein deutliches "Ja" zur Kunsteisbahn.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin ausgeführt, daß wir im kommenden Jahre eine Fremdenverkehrsgemeinde werden. Ich glaube hier, das ist auch in allen Budgetreden angeklungen, wäre es sehr notwendig, daß wir auch ein gewisses Augenmerk den sanitären Einrichtungen zuwenden. Es fehlt eine im Raum des Friedhofes. Wenn Sie bedenken, daß viele Menschen täglich dort hinaufgehen und ringsum dafür keine Möglichkeit gegeben ist. Wer geht schon gerne in das Taborrestaurant für diese Zwecke? Es wurden sich meines Erachtens sehr gut Plätze für eine solche Anstalt dort oben ergeben. Genauso fehlt am Stadtplatz eine solche Einrichtung. Ich könnte mir ohne weiteres vorstellen, daß es verkehrstechnisch einzuplanen wäre, in der Mitte des Stadtplatzes einen Abgang - wie man es in anderen Städten auch findet - zu machen. Es wäre zugleich auch verkehrsregelnd. Die beiden sogenannten Einrichtungen bei der Dominikanerkirche und bei der Ennsbrücke sind keineswegs so angetan, daß man diese gerne aufsucht. Wo gehen aber unsere Frauen hin?

Allgemeines Gelächter!

Sie lachen, aber es ist tatsächlich so. Wer geht schon gerne auch von den Frauen in ein Gasthaus? Trifft man dort den Wirt, so schaut er einen scheel an, wenn man nur zu einem solchen Zweck hineingeht. Der Wirt will ja ein Geschäft machen. Es wäre also doch an der Zeit, im Hinblick auf eine Frem-

denverkehrsgemeinde, sich mit dieser Frage zu befassen.

Wir begrüßen es auch, daß im Haushalt 1 Million Schilling für den Taboraufzug eingesetzt sind. Wir haben heuer im Frühjahr den Grundsatzbeschuß gefaßt, die Errichtung eines Taboraufzuges in die Wege zu leiten. Wir haben auch die Schritte unternommen, die dazu notwendig sind. Wir begrüßen es daher sehr, daß hier als 1. Baurate 1 Million Schilling eingesetzt wurden. Man wird sagen, es wäre vielleicht eine Konkurrenz zu den Verkehrsbetrieben. Das mag zum Teil richtig sein. Aber die vielen Frauen mit den Kinderwagen, die auf den Tabor hinauf wollen, scheuen den weiten Umweg über die Blümelhuberstraße oder über den Schnallenberg. Wie Sie selbst wissen, ist es oft gar nicht möglich, mit Kinderwagen die Städtischen Autobusse zu benutzen. Gerade für diesen Kreis der Bevölkerung wäre es meines Erachtens sehr zweckvoll, den Taboraufzug endlich zu beginnen. Auch sonst hätte ein Taboraufzug verschiedene Vorzüge. Freilich ein "Winkler-Aufzug" in Salzburg wird es keineswegs, aber immerhin würde er unseres Erachtens der Stadt gewisse Vorteile bringen.

Unter den sonstigen Dingen, die ich noch vorbringen möchte, wären noch zwei Dinge. Die zusätzliche Straßenbeleuchtung habe ich vorher schon angeschnitten. Aber eines möchte ich noch erwähnen, und zwar den Ausbau der Autobushaltestellen. Wir wissen, daß nur dort und da bei den Autobushaltestellen Wartehäuschen bestehen, daß aber dort und da solche fehlen. Wenn oft Frauen mit Kleinkindern bei Wind und Wetter warten müssen, bis der Autobus kommt, so wäre es gerade für diesen Kreis angezeigt, sich mit diesem Problem zu befassen und an den Autobushaltestellen Wartehäuschen zu errichten. In diesem Zusam-

menhang wäre vielleicht noch die Frage zu stellen, ob es nicht doch möglich wäre und ich bitte den zuständigen Referenten, Herrn Kollegen Kinkelhofer, die Verkehrslinie in Münchenholz in einem Rundlauf zu bewerkstelligen, das heißt, daß er von der Endstation Punzerschule über die Konradstraße zur Leharstraße herauf zum Hotel geführt werden könnte. Das wäre die gleiche Rundschleife, wie sie der Taborautobus macht von der Rooseveltstraße zum Altersheim - Posthofstraße und über den Blümelhuberberg hinunter. Das wäre auch ein Wunsch, den wir vorzubringen hätten. Wir würden den zuständigen Referenten bitten, sich mit dieser Frage einmal eingehend zu befassen. Ich glaube, daß gerade dieser Wunsch sehr leicht erfüllbar sein könnte. Freilich erhebt sich hier die Frage, wie die Straßenverhältnisse der Konradstraße und der Verbindungsstraße dorthin sind. Diese könnten ja auch mit billigen Mitteln so instandgesetzt werden, daß die Möglichkeit des Befahrens durch die städtischen Autobusse gegeben ist.

Das, meine Damen und Herren, wäre im großen und ganzen von unserer Fraktion aus zu sagen. Wir wissen, daß wir hier vor einer neuen Situation stehen und wir nunmehr Schulden machen müssen. Schulden deshalb machen müssen, weil wir daran interessiert sind, daß die Arbeitsplätze in unserer Stadt gesichert werden. Wir geben daher dem ordentlichen Haushalt vorbehaltlos unsere Zustimmung, dem außerordentlichen geben wir ebenfalls unsere Zustimmung, mit Ausnahme des einen Punktes "Lehrschwimmbecken."

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-
STELLVERTRETER LSI PROF. STE-
PHAN RADINGER:

Wenn ich kurz unterbrechen darf, ich glaube, daß eine Zustimmung mit Vorbehalt nicht möglich ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Es war aber bisher immer möglich, daß manche Fraktionen gesagt haben, mit Ausnahme dieses Punktes geben wir die Zustimmung. Das ist heute bei uns der Fall.

Wir geben die Zustimmung mit Ausnahme dieses Punktes mit der eingangs erwähnten Begründung, daß wir eben für ein Hallenbad wären.

Herrn Kollegen Moser habe ich gebeten, das richtig zu formulieren, daß wir ein Hallenbad anstelle eines Lehrschwimmbeckens wollen.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen sehr verehrter Herr Bürgermeister und Ihnen meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates recht frohe Feiertage wünschen, ein frohes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr alles Gute, Gesundheit und persönlichen Erfolg.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Danke.

Als Nächster hat sich Herr Gemeinderat Moser zum Wort gemeldet.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrter Gemeinderat!

Schon bei der Budgetberatung für das Jahr 1967 sind die sonst immer sehr vorsichtigen Ausführungen des Finanzreferenten a. D. sehr pessimistisch gewesen. Ich habe zum Budget 1967 damals gesagt: "Das Steyrer Budget einmal anders." Heute hat es noch stärkere Töne des Pessimismus gegeben. Ich führe das nicht auf den Wechsel des Finanzreferenten zurück, wie mein Vorredner das getan hat. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Bürgermeister lieber Schulden wie sein Vorgänger macht. Aber wenn wir Schulden machen müssen und ich war sei-

nerzeit auch nicht abgeneigt, Schulden zu machen und Kredit aufzunehmen, wenn es gilt größere Probleme zu verwirklichen, bei noch gut situierten Gemeindefinanzen. Die Notlage, in der wir stehen, zwingt uns jetzt wirklich auf Kredite zu greifen. Der Herr Bürgermeister hat sich bemüht, einige Ursachen aufzuzeigen, warum es zu dieser verschlechterten Finanzlage kommt. Ich bin der Meinung, daß es das Notwendigste ist, dem nachzuspüren. Wir können in Steyr ruhig sagen, daß auch in der Vergangenheit keine Lotterwirtschaft getrieben wurde und daß wir im wesentlichen den Bedürfnissen der Bevölkerung, soweit es die Finanzen zugelassen haben, Rechnung getragen haben. Wir haben im wesentlichen diese Aufgaben erfüllt, den Wohnungsbau, den Schulbau, die Kindergärten, Sportplätze usw. Das was einer modernen Gemeindeverwaltung, den Mitteln entsprechend, zukommt. Der stolze Ruf, der wiederholt vom Finanzreferenten, vom Bürgermeister und den Vertretern der Mehrheitsfraktion zum Ausdruck gebracht wurde, daß Steyr eine reiche Stadt ist, ist verklungen. Steyr ist gewissermaßen über ein Jahr hin arm geworden, sozusagen zur notleidenden Gemeinde. Wir können aus eigenen Mitteln die vorhin erwähnten Aufgaben nicht mehr erfüllen. Der Herr Bürgermeister hat einige der Ursachen angeführt, verminderte Steuereinnahmen, verminderte eigene Steuern und Abgaben aus den Betrieben, das Finanzausgleichsgesetz usw. Ich freue mich darüber, das ist nicht Schadenfreude, ich freue mich nicht, weil es der Gemeinde schlechter geht, sondern daß immer mehr in den Vordergrund und zur Kenntnis kommt im Gemeinderat, auch in der Mehrheitspartei, wie eng die Bundesfinanzpolitik mit dem Auf und Ab, dem Wohl und Wehe eines Gemeindehaushaltes zusammenhängt. Es

liegt mehrere Jahre zurück, als mir, wenn ich diese Zusammenhänge aufgezeigt habe, der Zwischenruf gemacht wurde, das gehört nicht hieher, das ist hohe Politik und gehört ins Parlament. Es hat sich in den letzten zwei Jahren gebessert, das muß ich zugeben. Heute muß selbst das Oberhaupt der Gemeinde zugeben, daß der Finanzausgleich, aber noch mehr die gesamte Steuerpolitik des Bundes uns vieler Einnahmen beraubt hat und den Gemeindehaushalt schmälert. An dem Finanzausgleichsgesetz können wir nichts mehr ändern, auch nicht der Städtebund, weil wir ja seinerzeit leider auf Anraten des sozialistischen Finanzreferenten der Gemeinde Wien den Finanzausgleich angenommen haben, der jetzt eine 6-jährige Laufzeit hat. Schon damals wurde uns neuerdings durch den Finanzausgleich 10 % der Gewerbesteuer weggenommen. Das spüren wir natürlich in einer Zeit der stagnierenden Wirtschaft, und das ist das wesentliche, besonders stark. Ich möchte einiges über die stagnierende Wirtschaft sagen. Wer die Zeitungen liest und sich für die Vorgänge in der Öffentlichkeit, für die Wirtschaft und das politische Leben interessiert, weiß, daß mit Recht Empörung in der Öffentlichkeit über die Finanzpolitik des Bundes, über das Bundesbudget, dessen Voranschlag eine einzige Belastung der arbeitenden Menschen dieses Staates ist, der durch die Schaffung neuer Steuern, der Umsatzsteuer usw. für das kommende Jahr wesentliche Teuerungen und Belastungen für alle, nicht nur im Betrieb stehende Arbeiter mit sich bringt, herrscht. Auch für Kleinbetriebe macht sich das bemerkbar. Ich muß hier schon sagen, daß ich es nicht verstehe, daß in manchen Fragen die Opposition der Mehrheitspartei, die im Parlament gegen diesen Budgetvoranschlag opponiert hat, zu einigen wichtigen Sachen doch nicht mit jener

Kraft opponiert hat, die dieser starken Oppositionspartei innewohnen würde, wenn sie davon Gebrauch machen würde, das ist das Wohnbauförderungsgesetz, das meiner Ansicht nach den Gemeinden es fast unmöglich macht, jedenfalls sehr erschwert, die Wohnbautätigkeit durchzuführen. Wenn wir in Steyr in der glücklichen Lage sind, durch den Wiederaufbau und die begonnenen Wohnbauten das durchzuführen, was wir unter noch etwas günstigeren Umständen begonnen haben, so ist das Wohnbauförderungsgesetz, das an die Länder weitergegeben wird und noch auf Durchführungsverordnungen warten muß, an und für sich eine Verzögerung aber auch eine bedeutende Verminderung für die Möglichkeiten des Wohnbaues für die Gemeinden und eine ganz besondere Belastung für kommende Mieter in diesen Neubauten, die erstellt werden sollen. Etwas komisch ist mir vorgekommen - ich habe an die Kollegen der ÖVP-Fraktion im Gemeinderat gedacht - als ich im Zusammenhang mit der Budgetdebatte und der Fragestunde im Parlament gelesen habe, daß eine Anfrage an Minister Prader gestellt wurde, warum er Pontons in einer Kunststoffwerkstätte bauen läßt, obwohl ihm die bewährte Schiffsbau-Werkstätte Korneuburg dieselben Pontons um S 80.000,- pro Ponton billiger geliefert hätte. Die Herren von der ÖVP haben in der letzten Gemeinderatssitzung dagegen opponiert, weil für die Fernmeldeanlage im Wasserwerk keine Offerte eingeholt wurden. Wir wissen, daß dies normalerweise im Steyrer Gemeinderat geschieht und Sie haben deshalb im Prinzip dagegen gestimmt. Was macht Ihr Parteifreund Prader? Der, obwohl er ein Angebot pro Ponton um S 80.000,- billiger erhält, läßt das links liegen und bedient sich der teureren Firma, bestellt Kunststoffpontons, die noch gar nicht ausprobiert sind, ob sie sich so

bewähren werden wie die bisherigen, von der Schiffsbau-Werft hergestellten. Das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Budgetpolitik des Bundes. Das ist nur ein Beispiel dafür. Eines muß ich noch erwähnen. Es sind die Bauskandale, die dem österreichischen Volk viele hunderte Millionen gekostet haben. Sie sollen nicht in Vergessenheit geraten. Wo es eine öffentliche Tribüne gibt, soll darauf verwiesen werden, um sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir kennen den Gang dieser Dinge, man versucht, diese Dinge in Vergessenheit geraten zu lassen durch andere Sachen, obwohl es hunderte Millionen an Volksvermögen gekostet hat.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Und die Polizei?

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich lasse mich von Dir nicht provozieren, ich weiß, was ich zu sagen habe. Die Polizeisache hat schon der Herr Bürgermeister erwähnt. Er hat bestätigt, was ich in den vergangenen Jahre schon gesagt habe. Es ist für mich eine Genugtuung. Solange man eine reiche Gemeinde war, hat man das leichter getragen. Wenn es einem knapp geht, spürt man jeden Schilling Verteuerung. Gerade Du Kollege Frühauf sollst das als Arbeiter nicht so ins Vordertreffen bringen. Ich weiß schon, was ich an Kritik für richtig zu halten habe und was nicht. Zum ordentlichen Voranschlag ist ja nicht viel zu sagen. Das sind die Erfordernisse, die unbedingt zur Durchführung der gesamten Verwaltungsarbeit gebraucht werden. Es ist Sache des Magistrates, wachsam zu sein und überall nachzuschauen, ob irgendwo etwas eingespart werden kann. Ohne Zweifel ist es unsere Pflicht, uns dafür zu interessieren. Im wesentlichen ist zum ordentlichen

Haushalt - das wissen wir alle - nicht viel zu sagen. Wo uns noch dazu heute gesagt wurde, daß der Personalstand sich im Laufe der letzten Jahre verringert hat, mit Ausnahme der neuen Zubauten, wie Altersheim, Kindergärten usw., die selbstverständlich auch ein neues Personal erfordern. Wenn auf diesem Gebiet ebenfalls sparsam umgegangen wird - wir wissen, daß die Personalausgaben sehr hoch sind - dann ist die Sache in Ordnung.

Nun zum außerordentlichen Haushalt. Hier glaube ich, beginnt gewissermaßen das Schuldenmachen, die Kreditaufnahme. Ich möchte bevor ich zu den einzelnen Posten spreche, mich damit beschäftigen, daß ich zwei Projekte in den Vordergrund rücke. Das ist das Lehrschwimmbecken und die Kunsteisbahn. Ich freue mich und habe das auch in der Wahlzeitung geschrieben, daß sich bei der letzten Budgetberatung sämtliche Parteien zu der von uns vor Jahren erhobenen Forderung nach der Errichtung eines Hallenbades bekannt haben. Ich habe ganz offen geschrieben, ich bin überzeugt, nachdem sich alle Parteien dazu bekennen und auch in den Schwimmvereinen der Ruf darnach laut geworden ist, daß die Gemeinde nicht darüber hinwegkommt, ein Hallenbad zu errichten. Ich möchte ausdrücklich an den Herrn Bürgermeister die Frage stellen, was mit diesem Lehrschwimmbecken gemeint ist. Ich habe diese Frage schon im Finanz- und Rechtsausschuß gestellt, weil mir der Ausdruck Lehrschwimmbecken für dieses Bad, das im großen und ganzen allen vorgeschwebt hat, nicht der richtige Ausdruck zu sein scheint, wenn es ein Hallenbad werden soll und das glaube ich, ist notwendig. Ich habe zwar im Finanz- und Rechtsausschuß, als dort die Sache von einem Vertreter der Mehrheitsfraktion angeschnitten wurde, auch diese Fra-

ge gestellt und gewissermaßen auch meine Zustimmung gegeben, daß man als vorläufige Post S 500.000,-- einsetzt. Erfahrungsgemäß werden solche Ziffern eingesetzt, um überhaupt bei einem größeren Projekt, das man nie in einem Jahr bewältigen kann, den guten Willen zu zeigen, daß es in Angriff genommen werden soll. Ich muß ehrlich gestehen, bei weiterer Überlegung kann man mit S 500.000,-- nicht viel anfangen, wenn es ein Hallenbad werden soll. Der Herr Bürgermeister wird uns das dann beantworten, die Frage, ob auch von der Mehrheit ein Hallenbad beabsichtigt ist oder wirklich nur ein Lehrschwimmbecken für Leute, die schwimmen lernen, für Schulkinder usw. Damit wäre meine Fraktion nicht einverstanden. Ich bin nicht der Meinung, wie es mein Vorredner Vizebürgermeister Petermair gemeint hat, daß man das sehr einfach herstellen kann. Schön, alles läßt sich einfach herstellen, manches sogar sehr primitiv. Aber ich bin der Meinung, wenn schon denn schon und bisher hat die Steyrer Gemeinde alle Projekte, die sie durchgeführt hat, wie Altersheim, Kindergärten usw. auf den modernen Stand der heutigen Zeit gebracht. Ich glaube, wir sollen uns trotz der momentan etwas ungünstigen finanziellen Perspektiven nicht einschüchtern lassen. Steyr hat im Gemeinderat immerhin eine sozialistische Mehrheit. In einer sozialistischen Mehrheit hat es immer und überall gegolten, daß für die arbeitenden Menschen das Beste gerade genug ist. Zwischen dem Besten und Luxus ist immerhin ein Unterschied. Ich habe schon seinerzeit bei Forderungen nach einem Hallenbad erwähnt, daß wir damit selbstverständlich nicht nur ein Lehrschwimmbecken meinen, sondern auch, nachdem in Steyr nur 4 Wannenbäder für öffentliche Benützung zur Verfügung stehen, daß dort Wannen- und Brausebäder

errichtet werden. Also ein wirklich modernes Hallenbad mit einer Schwimm- und Bademöglichkeit. Ich setze voraus, daß das gemeint wird; und daß man doch die Voranschlagspost erhöht, um dementsprechend den Ernst der Sache zu zeigen, daß man ein Hallenbad in Angriff nehmen will.

Nun zur Kunsteisbahn. Ich bin nicht böse darüber, Kollege Petermair, daß etwas aus meinem Programm als Euer Programm hingestellt wird. Ich kann es laut Protokoll des Gemeinderates nachweisen, daß wir sozusagen dazu das Urheberrecht haben. Mir ist es egal, wenn eine Fraktion - auch wenn es die der ÖVP ist - für etwas Gutes, Fortschrittliches eintritt, so soll es unterstützt werden. Sie sollen aber nicht ihr Programm bereichern gewissermaßen durch alte Forderungen des Programms, das wir entwickelt haben. Zur Kunsteisbahn selbst. Es ist für mich doch interessant, was ich vom Finanzreferenten a. D. darauf als Antwort bekommen habe, als ich, nachdem ich mich auch bei einigen Fachleuten erkundigt habe über die ungefähre Höhe des Preises und mir erklärt wurde, das koste 3, höchstens 4 Millionen Schilling; ich habe das hier auch wörtlich angeführt; mir wurde damals vom Finanzreferenten erklärt, das stimmt nicht, das kostet mindestens 7 Millionen Schilling. Das war vor Jahren, wo die Herstellung verschiedener Bauten und Einrichtungen noch nicht so teuer war wie es heute der Fall ist, weil sich die Materialkosten ja wesentlich verteuert haben. Ich bin auch der Meinung, daß die Kunsteisbahn nicht nur mit dem Posten, der vorgesehen ist, mit diesen S 500.000,-- dotiert werden soll, sondern daß man sie, wenn möglich, noch heuer errichten soll. Das ist kein Fernziel, es soll die Gemeinde die Initiative ergreifen. Es wurde erwähnt, daß eine Zeitung ungefähr den

Kostenpunkt aufgezeigt hat. Wenn das annähernd stimmt - und soweit man die Dinge kennt, dürfte das stimmen - dann glaube ich, soll die Gemeinde mit aller Energie an Land und Bund herantreten und die Hilfsmöglichkeiten, die sich dort ergeben ausnützen und so rasch wie möglich die Kunsteisbahn errichten, weil sie ja eine Einnahmequelle meiner Auffassung nach darstellt. Ich bin von der Notwendigkeit einer Kunsteisbahn überzeugt; zum Schifahren, das zum Volkssport geworden ist, besteht der Unterschied, daß sich doch viele ältere Menschen nicht mehr daran beteiligen können. Aber beim Eislaufen tummelt sich Jung und Alt auf dem Eis, Eltern mit ihren Kindern usw. Es würden sich da, glaube ich, dementsprechende Einnahmelmöglichkeiten ergeben. Ich möchte, daß diese zwei Punkte - ich glaube ich habe das klar und deutlich zum Ausdruck gebracht - wenigstens die Kunsteisbahn heuer noch in Angriff genommen werden und zum Projekt Hallenbad möchte ich sagen, daß man ein den modernen Anforderungen der heutigen Zeit entsprechendes Hallenbad errichtet. Wir haben auch in der Vergangenheit immer wieder beim Voranschlag versucht, jene kleinen Wünsche der Bevölkerung, die ihnen das Leben erleichtern, wie ich es einmal formuliert habe, zum Ausdruck zu bringen. Zugegeben, die Gesamtheit der vorgetragenen Wünsche kann auch eine Summe etwas über 1 Million Schilling betragen. Ich glaube es nicht. Ich bringe hauptsächlich jene Wünsche zum Ausdruck, die in der Vergangenheit nicht erfüllt wurden. Zugegeben, es wurde eine Reihe dieser Wünsche und Forderungen erfüllt, so die Erweiterung des Autobusbetriebes, die Linien nach Klein-aber-Mein, Errichtung der Telefonzelle usw. Wenn ich schon bei der Stadtrandsiedlung und dieser Autobuslinie

bin, wiederhole ich einen im letzten Jahr vorgetragenen Wunsch nach der Einteilung eines größeren Zeitintervalles am Stadtplatz. Ich habe mit sehr vielen Frauen gesprochen, die dort oben wohnen. Sie haben mir erklärt, daß sie hinunter fahren können, aber es läßt sich nicht in 1 1/2 Stunden Aufenthalt alles besorgen. Der Rückweg ist dann wirklich beschwerlich, erstens weil es bergauf geht und zweitens weil dann die Einkaufstaschen voll sind, dann müssen die Leute zu Fuß gehen. Ich möchte hier noch einmal an das Magistratspräsidium appellieren, sich mit dem zuständigen Ressort ins Einvernehmen zu setzen, ob sich nicht doch die Abänderungsmöglichkeit ergibt, um diesen Intervall von 1 1/2 Stunden vielleicht auf zwei Stunden auszudehnen. Wir haben einige Male in den vergangenen Jahren auf die unbedingte Notwendigkeit der Regelung des Fischhubweges hingewiesen. Wahrscheinlich wird dieses Projekt etwas mehr kosten, wenn wir es in Angriff nehmen. Wir hatten glücklicherweise in den letzten Jahren keine Überschwemmungen, aber vor einigen Jahren war die Haratzmüllerstraße infolge ihrer tiefen Lage dort nicht passierbar und als Notweg wurde der Fischhubweg benützt, von den Arbeitern die in den Betrieb hinaufgehen usw. Außerdem ist in dieser Siedlung ein Rutschgebiet und die Straße wird dort immer enger, da sie zum Schutze vom Bauamt abgezäunt wurde. Sollte noch einmal ein Erdrutsch vorkommen, so wird kein Wagen mehr diese Enge passieren können. Ich glaube, das ist ein sehr vordringliches Projekt, das in den kommenden Jahren doch in Angriff genommen werden soll. Ebenfalls zuvor gekommen ist mir Kollege Petermair - ich unterstütze ihn dabei - mit der Bedürfnisanstalt auf dem Friedhof. Auch das ist eine dringende Angelegenheit. Wir haben das schon vor Jahren vorge-

bracht. Ich kann auch hier die Antwort des Finanzreferenten a. D. zitieren, die er mir gegeben hat. Das wird im Zusammenhang mit dem Aufzug, wenn die Mittel hiezu noch reichen, gemacht werden. Ich glaube, das ist wirklich notwendig und das verschlingt bestimmt keine Riesensumme.

Zum Wartehäuschen. Alle wissen, daß durch den verstärkten Verkehr der Linie Ennsleite in der Pachergasse - Johannesgasse, die ja Ausgangspunkt bzw. Endstation der Autobuslinien sind, schon zu normalen Fahrzeiten sehr viele Leute dort stehen. Zu Stoßzeiten ergibt sich folgendes: - ich gehe diesen Weg selbst täglich einige Male - man muß, weil der Fußsteig durch die Fahrgäste schon belagert ist und der Autobus auch dort steht, auf die vom starken Verkehr benützte Straße gehen. Dort ist man natürlich sehr gefährdet und man kann nur zögernd vorwärts kommen. Auf dem Gehsteig stauen sich die Leute, die einen warten auf den Autobus zum Tabor, die anderen um ins Münichholz zu kommen. Es ist glaube ich eine Notwendigkeit, daß man dort ein größeres Wartehäuschen errichtet, weil die Leute bei Schlechtwetter der Witterung ausgesetzt sind. Ebenso notwendig glaube ich - ich spreche wieder einmal für die Ennsleite - ist es, ein Wartehäuschen in der Glöckelstraße zu errichten. Dort ist ebenfalls keines vorhanden. Das entspricht sicher den Wünschen der Autobusbenützer auf der Ennsleite.

Noch immer ist die Verbindungsstraße Schillerstraße - Arbeiterstraße nicht mit einem Fußsteig versehen. Sie wissen, daß durch die Einbahnregelung des Arbeiterberges dort erhöhte Gefahrenmomente für die Schulkinde bestehen. Auch das müßte einer Regelung zugeführt werden. Ich habe vor vielen Jahren - im vergangenen Jahr hat es Kollege Gherbetz gemacht,

vielleicht macht er es heute auch und das könnte nur gut sein - darauf verwiesen, daß die Stadtbücherei um eine Lesehalle vergrößert werden soll. Die Räume sind ja vorhanden. Sie sollten ausgebaut werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, z. B. könnten sich im Winter die älteren Leute etwas wärmen und naturgemäß müßten auch einige Zeitungen und Zeitschriften aufgelegt werden und die Leute - ob man das Wärmestube oder Lesehalle nennt - könnten dort ihr Wissen bereichern, ohne daß sie auf der Straße frieren. Ich möchte hier besonders an den Kulturreferenten den Appell richten, diese von mehreren Parteien vorgebrachten Wünsche zu berücksichtigen.

Wenn wir schon einen Kredit aufnehmen müssen, so kommt es auf die paar Schillinge nicht mehr an.

Wir werden damit rechnen müssen, früher oder später an den Brückenbau heranzugehen, das wurde auch erwähnt.

Ich möchte eine kleinere Brücke erwähnen und zwar ist das die Brücke von der Drahtziehergasse in Richtung Unterhimmel. Ich glaube, das ist eine Holzbrücke, die noch der Stadt gehört. Wenn sich das Bauamt das einmal anschauen würde, diese Brücke ist in einem sehr desolaten Zustand, ja geradezu lebensgefährlich.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HELMUT PILS:

Dafür sind S 30.000, -- vorgesehen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Umso besser. Ich habe es nicht übersehen, wir haben das in der Wahlzeitung aufgezeigt. Ich wiederhole das nur, denn man kann es nicht oft genug erwähnen. Jeder, der längere Zeit im Gemeinderat ist, weiß, daß man für manche gute Sache viele Jahre sprechen muß, bis sie erfüllt wird. Das ist

nicht böse gemeint, das hängt mit den Finanzen und dringenderen Projekten zusammen und es ist daher notwendig, daß solche Projekte immer wieder aufgezeigt werden.

Eine sehr dringliche Sache und das wurde ebenfalls vom Herrn Vizebürgermeister erwähnt, ist die Parkraumbeschaffung. Ich bin überzeugt, daß sich darüber schon alle den Kopf zerbrochen haben. Ich möchte aber auch darauf verweisen, daß es verschiedene Plätze gibt, die geradezu für die Autofahrer eine Falle sind, uns allerdings viele Einnahmen bringen, da sie der Gemeinde zufließen. Das soll uns nicht dazu veranlassen, nichts zu tun. Ich meine die Johannesgasse. Dort darf nach dem Verkehrsgesetz genommen niemand parken. Es gibt dort aber keine Warn- oder Verbotstafel. Es stehen daher auch ständig Autos dort. Die Polizeistreife fährt durch - ich war selbst schon dabei und habe somit zu den Gemeindefinanzen beigetragen - schaut sich das an, kommt in einer Viertelstunde wieder und schreibt auf. 10 Minuten darf man hier stehenbleiben, nicht länger. Es steht dort oft eine Reihe von Autos und bedingt durch die Parkraumnot kommt es oft soweit, daß sich manche bis zur Kurve hinstellen und der Autobus schwer die Kurve nehmen kann. Überhaupt wenn zwei Autobusse zusammenkommen, ist das der Fall. Die Autofahrer beschwerten sich natürlich darüber. In einer Diskussion mit der Polizei habe ich auf diesen Übelstand aufmerksam gemacht und mir wurde gesagt, Herr Gemeinderat, Sie kennen unseren Auftrag, es ist dort Parkverbot. Aber man soll dort wenigstens einmal eine Verbotstafel anbringen, die vor Jahren dort war, man hat sie aber wieder weggenommen. Jedenfalls schreibt dort die Polizei täglich eine Menge Autofahrer auf, die das nicht wissen. Deshalb glaube ich, daß sich der Verkehrsausschuß

in aller nächster Zeit damit beschäftigen soll.

Ich habe im wesentlichen das aufgezeigt, was ich für notwendig gehalten habe. Zur Finanzlage der Stadt selbst möchte ich sagen, daß es vor auszusehen war, daß das eintritt. Die Frage ist nur, ob die Gemeinde insbesondere der Finanzreferent nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt - ich habe das schon einige Male aufgezeigt - eine etwas kühnere Finanzpolitik durch eine Kreditpolitik hätte machen können, wo man vielleicht noch billigeres Geld bekommen hätte und die Gemeinde noch gut fundiert war. Uns wäre jetzt dadurch manches erspart geblieben. Andere Gemeinden haben das gemacht, Wels, Linz, St. Pölten usw. Sie haben uns auch in der Entwicklung überflügelt, im Wachstum der Bevölkerung, aber auch in der Förderung ihrer Industrie. Obwohl es in den letzten Jahren von den meisten Fraktionen vertreten wurde, müßte sich hier die Steyrer Gemeinde etwas mehr bemühen, die Industrie zu fördern, Mittelbetriebe, Gewerbe usw. Ich weiß, daß es jetzt bei einer stagnierenden Wirtschaft bedeutend schwieriger ist als in der Vergangenheit. Es gibt Leute, die behaupten, daß sich die Steyr-Werke stets dagegen gestellt haben und das hat einen sehr schlechten Eindruck gemacht, da doch der Finanzreferent Direktor der Steyr-Werke war, so hatte er kein Interesse daran, sich dafür besonders einzusetzen. Ich glaube, daß man weiterhin dieses Ziel im Auge behalten muß, daß wir auch hier für Betriebe und Gewerbe - Raum wurde ja geschaffen - noch günstigere Bedingungen schaffen sollen, um Arbeitsmöglichkeiten zu bekommen. Noch ist Steyr verschont geblieben von größeren Kündigungen, wie wir sie durch die Finanzpolitik des Bundes leider schon in vielen Betrieben und beson-

ders bei staatlichen Betrieben feststellen müssen. Wir sollen die Augen nicht verschließen vor diesen Auswüchsen der Bundespolitik, von denen der Herr Klaus einmal gesagt hat, er macht Politik für die gesamten Österreicher, docher macht sie nur für die Besitzenden, wie wir heute in der Auswirkung dieser Finanzpolitik sehen. Wir müssen, soweit wir können, dieser Politik entgegenwirken. Ich weiß, daß die Möglichkeiten der Gemeinde verhältnismäßig gering sind, man aber doch nichts unversucht lassen soll, das zu tun. Ich bin hier nicht ganz einverstanden - ich weiß, daß ich das nicht ändern kann - mit der Oppositionspolitik der sozialistischen Partei, die manchmal bei mehr Konsequenz bei einer so starken Opposition, wie ich schon erwähnt habe, in der Finanzpolitik manches verhindern könnte bei Beibehaltung demokratischer Methoden. Wenn der Parteivorsitzende, Herr Kreisky, erklärt, nur im Rahmen der Verfassungsmöglichkeiten, so bin ich vollkommen einverstanden damit, aber ich kann mich als junger Sozialist erinnern, daß die alten Sozialdemokraten oft durch Obstruktion im Parlament manches, die Arbeiterschaft beengendes, bedrohendes Gesetz, zu Fall gebracht haben. Wenn solche demokratischen Mittel auch jetzt angewendet würden, wäre es sehr wahrscheinlich - und es hat da sehr viele Stimmen gegeben - daß das Wohnbauförderungsgesetz nicht zustande gekommen wäre. Wir müssen nächstes Jahr mit einem Jahr der Teuerung rechnen. Ich halte es für etwas fatalistisch, wenn Herr Kreisky sagt, warten wir das Jahr 1970 ab, das Wahlresultat wird uns rechtgeben, dann werden wir eine Änderung herbeiführen. Ich appelliere hier an die sozialistischen Gemeinderäte, die alle Vertrauensmänner in Betrieben und Gewerkschaften sind, hier Einfluß zu nehmen. Viele Geset-

ze, die jetzt geschaffen werden, können auch nicht so schnell durch eine sozialistische Mehrheit, wenn sie kommt, geändert werden, sie haben für die arbeitenden Menschen ihre Weiterwirkung und das ist die größte Belastung.

Zum Schluß komme ich zum Budget zurück und ich möchte sagen, daß wir die Zustimmung zum ordentlichen wie auch zum außerordentlichen Haushalt geben. Im ordentlichen Haushalt - wie ich schon erwähnt habe - sind die unbedingten Verwaltungsaufgaben beinhaltet und im außerordentlichen Haushalt glaube ich, daß wir nicht allzu pessimistisch sein brauchen, wir werden Kredit brauchen, das ist klar - aber es hat sich im Nachtragsvoranschlag wieder gezeigt, daß sich im Laufe eines Jahres manchmal mehr Einnahmen ergeben durch Steuern, in der Gewerbesteuer, durch Abgabenteilung usw. Wir geben daher auch dem außerordentlichen Voranschlag unsere Zustimmung und ich erwarte nochmals, daß man auch bei der Frage Hallenbad etwas großzügiger ans Werk geht.

Ich möchte abschließend allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Gemeinde danken für ihre Arbeit, für die Durchführung der Beschlüsse, die im Gemeinderat gefaßt wurden, wünsche allen ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr, ebenso dem Herrn Bürgermeister, dem Präsidium und dem gesamten Gemeinderat. Wir wollen nächstes Jahr gemeinsam trotz großer Schwierigkeiten wiederum fortschrittlich und entwicklungsmäßig für die Gemeinde wirken können.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Ich danke.

Als nächster Redner hat sich Kollege Dr. Gärber gemeldet!

GEMEINDERAT DR. HERMANN
GÄRBER:

Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat!

Ich will mich auf Grund der fortgeschrittenen Zeit ganz kurz fassen und einige grundsätzliche Bemerkungen zu dem Budget machen. Sie wissen, daß ich mich schon seit einigen Jahren für das Budget der Stadt interessiere und der Grund war der, daß mir das Budget sehr große Sorgen gemacht hat. Wenn ich nun Vergleiche ziehe mit den Jahren 1960 bis jetzt, so muß ich sagen, daß die Einnahmen des Budgets immer gleich geblieben sind. Wir hatten im Jahre 1962 Einnahmen im ordentlichen Budget von 103 Millionen Schilling, dann 101 Millionen Schilling, 109 Millionen Schilling, 120 Millionen Schilling, 110 Millionen Schilling, 112 Millionen Schilling voriges Jahr und stehen heuer wieder bei 102 Millionen Schilling. Sie sehen, wenn Sie nun die Entwertung des Schillings berechnen, daß wir wesentlich zurückgeblieben sind. Wir haben heute ein Eingangsmanko von mindestens 50 %. Dabei haben wir das Gleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen und dem sozialen Fortschritt vollkommen verloren. Das heißt, die sozialen Ausgaben, deren Notwendigkeit ich nicht bestreiten will, überrunden uns derart, daß die Wirtschaft zurückbleiben muß. Ich will noch etwas aus den Vorjahren bemerken. Wir hatten in den Jahren von 1960 - 1966 einen Zuschuß für das außerordentliche Budget, das heißt einen Reingewinn vom ordentlichen Budget in der Höhe von ungefähr 20 Millionen Schilling, der jährlich ungefähr gleich geblieben ist. Nun zeichnet sich im Jahre 1967 ab, daß wir nur mehr 12 Millionen Schilling Überschuß gehabt haben. Der Gesamthaushalt der Stadt Steyr ist ziemlich gleich geblieben, das heißt, er ist bis zum Jahre

1967 gestiegen auf 172 Millionen Schilling, was sehr zu begrüßen war, da es ein gewisser Auftrieb mit Investitionen war. Wir haben mit dem Jahre 1967 die Rücklagen der Stadtgemeinde verbraucht, das heißt, wir sind blank in der Tasche. Ich bin darüber nicht böse, denn ich sage, es ist besser zu investieren, als das Geld zu horten, weil es ja von Jahr zu Jahr weniger wert wird. Nun stehen wir vor der Tatsache, daß wir nur mehr 1,4 Millionen Schilling Überschuß aus dem ordentlichen Budget haben. Wenn man einen Kranken heilen will, muß man wissen, was er für eine Krankheit hat. Das Budget ist auch krank. Warum sind die Einnahmen so zurückgeblieben? Ich kann sagen, daß das das mangelnde Interesse der Bevölkerung ist, Unternehmer zu sein. Wir brauchen Wirtschaftler hier in dieser Stadt, die Betriebe aufbauen und hier fehlt es am Nachwuchs in der gewerblichen Wirtschaft. Wenn Sie Wels vergleichen, so haben sie dort eine Anzahl Betriebe, die 50 - 100 Bedienstete beschäftigen und dort ist eine gewisse Initiative der Unternehmer vorhanden, zu wirtschaften. In Steyr ist eine gewisse Bequemlichkeit vorhanden. Natürlich ist es leichter, in einem Betrieb Angestellter zu sein, als heute in dieser schwierigen Zeit einen Betrieb zu führen. Wenn ich nur von meinem Beruf spreche, hier ist es das gleiche. Es gibt keine praktischen Ärzte mehr. Man hat es viel bequemer, wenn man im Spital ist, dort seine paar Stunden macht, dann bekommt man mehr als dort, wo man wirklich etwas leisten muß. Daran krankt es und ich möchte daher bitten, diesem Nachwuchs der gewerblichen Wirtschaft und überhaupt der Wirtschaftsgründung mehr Augenmerk zuzuwenden, denn nur so wird es möglich sein, die Stadt wieder zur Blüte zu bringen und die Einnahmen zu steigern. Das ist

die einzige Möglichkeit. Wenn ich das betrachte, so muß ich sagen, es sind sehr viele Ausgaben gemacht worden auf sozialem Gebiet, die ich gar nicht missen möchte. Ich sage nur, sie stehen zu den Einnahmen in keinem Verhältnis mehr und wir müssen schauen, daß wir diese Ausgaben, soweit es noch möglich ist, verringern, solange wir nicht mehr Einnahmen haben. Ich denke dabei an die Gemeinn. Wohnbaugenossenschaft. Die Wohnbauförderung, wie wir sie heute durchführen, ist bei Kreditaufnahmen nicht mehr möglich, weil sie zu viele Verluste für die Gemeinde bringt. Wenn Sie nur das Darlehen von 12 Millionen Schilling betrachten, das die Gemeinde jetzt am Kapitalmarkt aufnehmen muß und dann zu 1 % weitergibt, so bedeutet schon diese eine Aktion einen Verlust für die Gemeinde von S 700.000 - S 800.000 im Jahr. Wenn man diese Verluste nicht ausgleichen kann, so wird die Finanzlage der Stadt noch trauriger werden. Sie sehen, daß wir heuer am 31. Dezember 1967 einen großen Strich machen und das Budget neu formulieren müssen. Wenn wir so weitertun, haben wir nächstes Jahr einen Abgang von 10 - 20 Millionen Schilling im Budget und können das nicht mehr ausgleichen. Ich möchte nur noch ganz kurz einen Punkt streifen, der mir ebenfalls am Herzen liegt, es ist das Altersheim.

Es ist sehr großzügig ausgebaut. Es wurden in den letzten Jahren dort 20 Millionen Schilling investiert. Ein Bett für einen Pflegling kommt auf S 260.000,--. Sie sehen, das sind Unsummen, die die Gemeinde geopfert hat. Ich möchte dem Gemeinderat keinen Vorwurf machen, aber wir müssen schauen, daß wir das Gleichgewicht zwischen der Wirtschaft und der sozialen Leistung wieder herstellen. Das Zweite sind die Verpflegskostensätze im Altersheim. Das Al-

tersheim hat einen Abgang von 2,2 Millionen Schilling, außerdem einen Fürsorgezuschuß von S 750.000,-, das sind 3 Millionen Schilling. Wenn ich nur die 2,2 Millionen Schilling rechne, so ist das pro Pflegling ein Abgang von S 5.500,-. Dieser Abgang ist meines Erachtens nicht nötig, und zwar aus folgenden Gründen: Es gibt heute sehr viele Rentner, die weit mehr haben, ja sogar das drei- oder vierfache von dem haben, was sie Verpflegskosten bezahlen. Hier müßte die ganze Subventionierung nicht dem Objekt, sondern dem Subjekt gelten. Wir müssen einen Maßstab anlegen, ob wir die soziale Subvention in dem Ausmaß geben müssen, in dem der Einzelne sie gar nicht braucht. Wir erleben heute immer wieder, daß Rentner ein Vermögen von S 30.000,- und vor kurzem sogar einer S 80.000,- zurücklassen. Dieses hat er sich in ein paar Jahren durch den Hilflosenzuschuß erspart. An diese Leute Geschenke in diesem Ausmaß zu machen, wie sie jetzt gegeben werden, ist auf Grund unseres Budgets nicht mehr möglich. Ich würde daher folgendes vorschlagen. Im Altersheim soll man die Verpflegskostensätze überprüfen und außerdem die Wirtschaftlichkeit. Es wird dort bestimmt viel verschwendet in manchen Dingen der Verwaltung, was sich einsparen ließe. Nun zum Hilflosenzuschuß. Dieser wird von der Sozialversicherung gegeben, um die Pflege des Kranken, der sich nicht mehr selbst betreuen kann, zu steuern. Diesen Hilflosenzuschuß steckt nicht die Gemeinde, die die Pfleglinge betreut ein, sondern der Patient, der dort liegt. Dieser liefert ihn nicht an die Gemeinde ab, sondern zu ihm kommen meist die Kinder, die sich das Geld holen, um das Auto zu finanzieren. Sie sehen, daß hier der soziale Weg falsch ist. Wir müssen hier den Mut aufbringen, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen,

denn dann kommen wir auch hier leichter zu einem Ergebnis. Der Hilfenlorenzuschuß wird den Versicherten der Angestelltenversicherung, solange sie im Altersheim sind, überhaupt nicht ausbezahlt. Die Angestelltenversicherung steht auf dem Standpunkt, daß der Patient für seine Pflege nichts leistet. Die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zahlt ihn aus. Da würde ich schon sagen, wenn die Versicherung das für die Pflege ausbezahlt, so wäre das meines Erachtens nach richtig, wenn diesen Betrag die Gemeinde erhalten würde.

Nun zum Rückgang der Industrie, wie Sie aus den Einnahmen sehen. Es ist sehr bedauerlich und ich muß eines den Betriebsräten der Steyr-Werke sagen. Wenn Sie die Steyr-Werke verfolgt haben, so müssen Sie sagen, daß die Aktien seit vorigem Jahr von S 560,- auf S 412,- gefallen sind. Meine Herren, das ist ein sehr bedrohliches Zeichen und ich glaube kaum, daß wir im nächsten Jahr mit einer Aufwärtsbewegung in den Steyr-Werken rechnen können, ich glaube es wird das Gegenteil der Fall sein. Auch die Mittelbetriebe in Steyr sind rückläufig. Sie haben schon wesentliche Entlassungen vorgenommen.

Ein Plus haben wir in Steyr und solche würden wir mehrere brauchen, das ist die GFM. Sie sehen, was Ing. Kralowetz aus diesem Betrieb gemacht hat, ist wirklich beachtlich. Wir müssen uns bemühen, in den jüngeren Kreisen der Wirtschaft Leute zu finden, die sich bereiterklären, etwas zu leisten für die Allgemeinheit. Es ist nicht leicht, einen Betrieb zu gründen oder ein Haus zu bauen. Sie sehen hier auf dem Wohnungssektor, um den ich mich schon jahrelang bemühe, um der Wohnungsnot abzuhelpen, aber leider werde ich oft mißverstanden und Kollege Moser wollte mich fast im Tagblatt ausrichten.

Sehen Sie, ich bemühe mich wirklich, Wohnungen zu schaffen. Ich stürze mich heute noch in Schulden, um etwas für die Allgemeinheit zu tun, um die Winterarbeitslosigkeit zu beheben usw. Es ist für mich auch keine Kleinigkeit, wenn ich mich jetzt unnützerweise noch in Schulden stürze, wo ich rechnen muß, daß ich das noch so und so viele Jahre abzahlen muß. Mir bleibt nichts anderes übrig, denn aus dem Haus bekomme ich das Geld nie wieder heraus. Sehen Sie, es hängt von der Initiative ab und wir müssen schauen, daß wir mithelfen, die Ertragnisse der Gemeinde zu steigern und nicht nur von der Gemeinde etwas haben wollen, daß wir bequem leben wollen und uns von der Gemeinde die Wohnung bezahlen lassen oder den Wohnungszuschuß, den alle bekommen, die in einer Wohnung der Gemeinn. Wohnungsgenossenschaft wohnen.

Kurz noch über die Eisenbundesstraße, die ich schon erwähnt habe. Die Eisenbundesstraße ins Ennstal ist für uns so wichtig, daß wir uns bemühen müssen, wirklich beim Bund energisch - ich möchte daß sich einmal der Gemeinderat in einer Sondersitzung energisch dafür einsetzt - vorzusprechen, damit wir das beschleunigen, denn diese Straße ist der einzige Zufahrtsweg von der Steiermark her, der uns etwas bringen kann. Zum Fremdenverkehr möchte ich noch etwas sagen. Es wäre vielleicht wichtig, wenn man am Stadtplatz ein Büro errichten würde mit einem Gassenlokal. Ich denke hier vielleicht an das Bummerlhaus, es steht doch leer, man könnte das dort errichten. Solche Einrichtungen gibt es in Linz am Hauptplatz und am Bahnhof. Der Fremde kann sich dort günstige Ratschläge holen.

Kollege Gherbetz möchte nun noch einige Worte sprechen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Herr Kollege Gherbetz bitte!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Über das Budget 1968 wurde hier von meinem Kollegen bereits sehr viel gesprochen. Wir haben festgestellt, daß der ordentliche Haushalt gedeckt ist, im außerordentlichen Haushalt bleibt uns noch eine Reserve von 10 % bzw. wir werden einen Abgang von 22,6 Millionen Schilling haben. Also wir müssen Geld aufnehmen. Wir sind heute zu der Überzeugung gekommen, daß es besser gewesen wäre, wenn wir es früher getan hätten. Wir hätten vielleicht Schulden gehabt, aber allein durch die Teuerung und die erhöhten Löhne, die im Laufe der Zeit entstanden sind, hätten wir vielleicht auf lange Zeit billiger gebaut und hätten billigere Wohnungen errichtet, als wir es heute tun.

Ich möchte gar nicht auf das Budget im Detail eingehen, sondern ich möchte mich bemühen, aufzuzeigen, ob wir irgendwelche Posten abwälzen können oder hier einen Ausweg finden. Wir zahlen allein für die Handelsakademie S 450.000,-- und bringen für die Handelsschule S 900.000,- auf. Für die Frauenberufsschule bringen wir 1,7 Millionen Schilling auf. Alle diese Aufgaben gehören eigentlich dem Bund. Es ist klar und erfreulich, daß es die Gemeinde tut, denn zugute kommt es nur unserer schulpflichtigen Jugend. Was leistet der Bund? Der Herr Magistratsdirektor hat einmal so schön gesagt, sie geben uns lebende Subventionen, das heißt, wir bekommen dafür einige Lehrer. Vielleicht wird sich hier ein Weg finden, daß wir die eine oder andere Anstalt an den Bund abgeben können, um auch hier vielleicht

Einsparungen zu treffen. Wir werden wahrscheinlich bei diesen Preisen die wir haben und bei diesen Löhnen immer rückläufigere Einnahmen bekommen und daher sehen wir uns auch genötigt, auf dem Sektor der Personalkosten etwas zu tun. Es ist vollkommen klar, daß wir unsere Beamten nicht vor die Türe setzen können. Ich glaube aber, eine gelenktere Personalpolitik wird hier Abhilfe schaffen. Hier habe ich mir folgendes vorgestellt, daß man wirklich nur Fachkräfte nimmt und nicht Schüler der Frauenberufsschule ins Büro setzt und bei Schülern der Handelsschule sagt man nach einem halben Jahr, man kann sie nicht benötigen. Vielleicht wird man darauf ein Augenmerk legen.

Zu den Subventionen. Wir befürworten das, weil sie der Gesunderhaltung unserer Jugend dienen. Ich gebe aber zu bedenken, man soll gleichmäßig geben und wenn man gibt, dann nach dem Leistungsprinzip. Ein Sportverein, der beginnt beim Kinderturnen und endet beim Altenturnen und 1.000 ausübende Mitglieder hat, bekommt S 15.000,--. Ich könnte Ihnen andere Vereine sagen, die weit nicht soviel haben und mehr bekommen. Ich will aber so tolerant sein und diese nicht erwähnen. Hier trete ich dafür ein, nur für Leistung zu geben und nicht nach Parteifarbe oder Parteibuch oder weil mir der eine oder andere Verein sympathisch ist. Es gibt auch hier eine Forderung, die wir Freiheitlichen schon sehr lange erhoben haben. Es hat in diesem Hause immer geheißen - es war Kollege Enge - daß es die kleinen Wehwehchen sind, die den Bürger dieser Stadt treffen. Hier hat er richtig getippt und wir haben ja auch die Erfahrung gemacht und haben ihm alle nachgeeifert und haben diese kleinen Wehwehchen gesucht und diese Fehler wurden uns von der Bevölkerung zugetragen.

Ich möchte an einige dieser Posten erinnern.

Vorerst einmal das Kriegerdenkmal. Ich weiß nicht, wie oft das schon im Stadtsenat bzw. Gemeinderat, in den einzelnen Ausschüssen, die man gebildet hat, erwähnt wurde und wieviele Besichtigungen durchgeführt wurden, aber getan hat sich bis heute noch nichts. Ich glaube, man würde mit bescheidenen Mitteln etwas erreichen können, zumindest weil man sich auch mit dem Gedanken getragen hat, endlich den Brucknerplatz zu sanieren.

Zur Umfahrung Hundsgaben. Diese ist notwendig, das wissen wir alle. Wieder sind S 100.000,- eingesetzt für die Projektierung. Wir erleben es ja immer wieder, meine Damen und Herren, wie die innerstädtischen Verkehrsverhältnisse aussehen. Gerade in der Weihnachtszeit wurde wieder ein Schildbürgerstreich gesetzt. Man sperrt die Enge für den Verkehr, richtig, nichts ist dagegen einzuwenden. Man lenkt den Verkehr über den Schloßberg auf die Promenade ab. Dort stehen die Autos entlang der ehemaligen Schloßparkmauer. Was macht die Polizei? Sie kommt und kassiert alle 20 Minuten. Das ist eine Einnahmequelle! Wenn die Stadtverwaltung den Verkehr dorthin ablenkt, so könnte man doch auf der Promenade ein Kreisverkehrssystem errichten, damit wäre jedem gedient, dem Autofahrer und der Polizei. Ich habe mir die Mühe genommen und habe darüber mit dem Polizeichef gesprochen und er hat mir geantwortet, recht haben Sie, aber Gesetz ist Gesetz.

Herr Bürgermeister, mit einigen Verfügungen würde man die Kraftfahrer vor diesen Auswüchsen schützen können.

Als Nächstes haben wir noch etwas, das vielleicht schon die anderen Fraktionen vorgebracht haben, und zwar die Autobushaltestelle in Mü-

nichholz, Abschnitt III. Diese Leute müssen zum Hotel Münichholz gehen. Für die Hausfrauen ist das ein beschwerlicher Weg. Ich stelle mir vor, man soll nicht so lange warten, bis die Garage fertig ist und dann erst diesen Kreis zu fahren. Es müßte doch möglich sein, den städtischen Autobus jetzt schon dort zu führen, denn normalerweise fährt dieses Fahrzeug durch viel engere Straßen als durch diesen Abschnitt III.

Zur Autobushaltestelle Haratzmüllerstraße. Dadurch, daß sich so viele Autobuslinien dort treffen, die Linie Krankenhaus, Münichholz, Ennsleite, ist diese Straße so frequentiert und der Autofahrer erlebt, daß ihm dort die Fußgänger über die Straße huschen. Vielleicht Herr Bürgermeister würde man auch hier einen Gehsteig machen können. Ich denke hier Haltestelle Pachergasse. Es stehen stadteinwärts rechtsseitig zwei oder drei Autobusse, linksseitig fährt einer weg und dazwischen gehen die Fußgänger.

Kinderspielplatz Promenade. Den habe ich im vergangenen Jahr erwähnt. Es sind wohl die Rohre entfernt worden, aber den Glauben, daß das gemacht wird, habe ich schon längst verloren. Die Hoffnung hatte ich schon, als die Rohre weg waren. Ich glaube, hier könnte man mit bescheidenen Mitteln darangehen, diesen Kinderspielplatz im Frühjahr wieder instand zu setzen, umsomehr deshalb, da ja viele Eltern im Ambulatorium in der Gebietskrankenkasse zu tun haben.

Bezüglich der Tagesheimstätte hat Kollege Moser mich bereits zitiert und ich glaube, mit billigen Mitteln könnte man bei unserer Bibliothek etwas machen.

Kunsteisbahn. Wir geben freudig und gerne unsere Zustimmung. Mußten aber leider erst aus der Presse feststellen - es hat mich beruhigt, daß auch der Herr Vizebürgermeister nicht in-

formiert war - wie die Finanzierung vor sich geht.

Wir hoffen, daß wir auch einmal eine Aufwertung des Gemeinderates durchführen können, denn man liest soviel in der Zeitung, ohne daß es der Gemeinderat vorher weiß. Ich bin dafür, daß man die Presse informiert, bin aber dagegen, daß man dem Gemeinderat gar nichts sagt, besonders wenn er eine "Mini"-Fraktion ist. Der Herr Magistratsdirektor hat gesagt, sie müssen halt zu mir kommen, komme ich aber, wird mir erklärt, daß nichts los ist und es heißt, das wird nur so aus dem Ärmel herausgeschüttelt, das ist mir gerade eingefallen. Daß er so planlos operiert, das nehme ich dem Herrn Magistratsdirektor nicht ab, dazu ist er mir ein zu schlauer Fuchs.

Allgemeines Gelächter!

Nun zu den Bedürfnisanstalten. Auch diese wurden bereits erwähnt. Auch hier, meine Herren, mit etwas weißem Kalk könnte man schon etwas reparieren. Gehen Sie hinunter, sie sind grau und verschmutzt, das ist bestimmt für den Fremden keine Zierde. Ein Glück haben die Fremden allerdings, sie riechen diese Anstalten wenigstens, wenn sie sie schon nicht sehen.

Zum Taboraufzug. Hier kann man wohl sagen: "Alle Jahre wieder" oder "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube".

Im vergangenen Jahr wurde ebenfalls mit einer Million eingesetzt. Auch hier eine kleine Anregung von uns. Vielleicht wäre es möglich, die Verkehrszeiten der Omnibusse in Richtung Tabor etwas zu verdichten.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFFER:

Das ist bereits geschehen, es

steht im Amtsblatt!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ja im Amtsblatt steht es, hoffen wir, daß es wird!

Zum Lehrschwimmbecken, meine Damen und Herren. Hier sind S 500.000 eingesetzt. Wir haben uns auch vorgestellt, wenn Schulden machen, dann anständig. Wir würden auch lieber ein Hallenschwimmbad sehen, da dies auch der breiten Bevölkerung zugute kommen würde. Lehrschwimmbecken ist dafür nicht der richtige Ausdruck.

Im großen und ganzen, meine Damen und Herren, wären das unsere kleinen Wünsche. Wir werden dem Budget 1968 unsere Zustimmung geben, mit der Bitte um äußerste Sparsamkeit innerhalb der Verwaltung, zum Nutzen unserer Gemeinde. Bei dieser Gelegenheit obliegt es mir auch, den Beamten dieses Hauses für ihre Arbeit herzlich zu danken. Ich wünsche den Kollegen des Gemeinderates und den Herren des Präsidiums frohe Festtage und ein erfolgreiches, gesundes 1968.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Danke. Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Noch ganz kurz zur Anfrage des Kollegen Dr. Gärber. Bezüglich der Fremdenverkehrskanzlei kann ich ihn beruhigen, wenn im kommenden Jahr in einer der nächsten Gemeinderats-sitzungen dieser Beschluß gefaßt wird, wird dieser an die Landesregierung weitergeleitet und von der Landesregierung kommt dann der Bescheid, daß Steyr eine Fremdenverkehrsgemeinde ist und mit diesem Tag hat sich dann in Steyr eine Fremdenver-

kehrskommission zu konstituieren und dann ist es selbstverständlich, daß auch eine Kanzlei für diese Zwecke errichtet wird. Ob das Bummerlhaus dafür auserwählt wird, glaube ich kaum, denn das gehört der Volkskreditbank, aber meines Wissens wird im Rathaus ein diesbezüglicher Raum geschaffen werden.

Das zur Anfrage des Kollegen Dr. Gärber, weil das in mein Ressort fällt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch ein Mißverständnis klären.

Ich habe gesagt, wir stimmen auch dem außerordentlichen Haushalt zu, jedoch mit der Einschränkung der Ansatzpost Lehrschwimmbecken. Ich mußte mich belehren lassen, daß wohl die Möglichkeit besteht, wenn keine andere Bedingung angeschlossen ist. Wir haben aber an die sogenannte Ablehnung für diesen Punkt die Bedingung geknüpft, daß aus dem Lehrschwimmbecken ein Hallenbad werden soll. An der grundsätzlichen Zustimmung zum außerordentlichen Haushalt ändert das nichts, wir stimmen ihm zu. Bezüglich unserer Einschränkung, die wollen wir nun ausklammern und bei gegebenem Anlaß muß der Gemeinderat selbstverständlich noch separat einen Beschluß darüber fassen, dann werden wir diese Bedingung zur Diskussion stellen.

Abschließend möchte ich noch ergänzend zu meinen Glückwünschen an den Herrn Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates, auch den Arbeitern, Angestellten und den Beamten, an der Spitze Herrn Obersenatsrat Dr. Enzelmüller, herzlich danken für die Arbeit, die sie im Dienste der Stadtverwaltung geleistet haben, für die Bereitschaft der Beamtschaft, uns an die Hand zu gehen und unsere Arbeit zu unterstützen und zu erleichtern. Ich bitte den Herrn Magistratsdirektor, diesen Dank an die Arbei-

ter, Angestellten und Beamten zu übermitteln. Desgleichen möchte ich aber auch der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft und Ihnen, Herr Magistratsdirektor, recht frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr wünschen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Herr Gemeinderat Moser bitte !

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrter Gemeinderat!

Ich bin der Überzeugung, daß wir uns alle bemühen werden, soweit es in unseren Kräften steht, für die Gemeinde erfolgreich zu wirken, Einsparungen zu machen, dort wo es niemanden sozial Schwächeren trifft und ich muß deshalb ehrlich meiner Verwunderung Ausdruck geben über den Sprecher der FPÖ, Herrn Dr. Gärber, der als Arzt - das wundert mich besonders - die Aufmerksamkeit der Mehrheit darauf lenkt, bei sozialen Maßnahmen zu sparen, beim Altersheim, beim Hilflosenzuschuß, bei sozialen Einrichtungen usw. Ich erinnere mich eines österreichischen Arztes, der Viktor Adler hieß, der es sich zum Lebensziel gesetzt hat, die Verelendung der arbeitenden Menschen in Österreich zu beseitigen. Wir im Steyrer Gemeinderat treffen einen Arzt an - ich muß schon sagen, ich bin sehr verwundert darüber - der als erste Sparmaßnahme versucht, Einsparungen bei sozialen Einrichtungen der Gemeinde zu befürworten. Es ist doch immer gesagt worden, wir leben in einem Wohlfahrtsstaat, in dem es viele Menschen gibt und es soll allen gut gehen. Ich habe eine soziale Wirtschaftsordnung immer bejaht. Es zeigt sich, daß der Kapitalismus noch mit seinen alten Krankheiten behaftet ist, daß er nicht krisenfest ist, daß er den Men-

schen nicht die Arbeitsmöglichkeit garantiert. Wir haben immer gefordert, dem arbeitenden Menschen auch an seinem Lebensabend ein auskömmliches Leben zu sichern, weil er es ja ist, der alle Werte schafft. So hat er es sich wohl verdient, daß er im Alter, wenn er nicht mehr arbeitsfähig ist, ein sorgloses, geruhames Leben hat. Das war das Ziel und der Zweck der ganzen Arbeiterbewegung, man hat das nach vielen Jahrzehnten glücklicherweise erreicht. Ich glaube, ich spreche da auch im Sinne aller Sozialisten, daß wir an diesen Dingen nicht werden rütteln lassen. Es sollen unnütze Ausgaben vermieden werden, dort wo sie vermieden werden können. Aber bei sozialen Einrichtungen der Gemeinde und des Staates darf nicht gerüttelt werden. Deshalb muß ich noch einmal sagen, ich wundere mich sehr, daß gerade von einem Arzt dieser traurige Mut aufgebracht wurde, das zu sagen. Es ist kein Argument, wenn Sie gewissermaßen auf den Notstand der Wirtschaft verweisen, daß die Steyr-Werke-Aktien gefallen sind. Die sind schon öfter gefallen und wieder gestiegen. Ich nehme an, Sie verstehen soviel von der Wirtschaft, von Spekulationen usw., ob Aktien steigen und fallen. Tatsache ist, daß die Steyr-Werke bisher ihren Aktionären Jahr für Jahr in den letzten Jahrzehnten 11 % Dividenden ausbezahlt haben. Das zeigt von der Stabilität dieses Werkes, das ist auch noch in den letzten Jahren geschehen. Ihre Bilanzen, die ja laut Gesetz veröffentlicht werden, zeigen, daß dieses Unternehmen glücklicherweise gut fundiert ist. Ich habe bei vergangenen Budgetberatungen, wenn es gegolten hat, über Sparmaßnahmen zu sprechen, wiederholt die Anregung gemacht, ob nicht auf dem Gebiet des Bauwesens gespart werden könnte, nicht indem wir weniger bauen, sondern indem wir versuchen, durch moderne Ar-

beits- und Baumethoden die Bauzeit zu verkürzen. Ich glaube, wir haben im Bauamt doch eine Reihe von Fachleuten, denen es zur Aufgabe gemacht werden soll, sich der Erfahrungen anderer zu bedienen. Ich wiederhole nicht gerne Beispiele, die ich in der Vergangenheit gemacht habe, das wirkt langweilig, aber es waren Anregungen von Fachkonferenzen, die behaupten, wenn zweimal dasselbe Haus gebaut wird, so müßte das dritte um mindestens 17 % - wenn es im selben Stil aufgeführt wird - billiger gemacht werden. Ich gebe zu, daß zur Entwicklung der Geldentwertung usw. beide Regierungsparteien auch zur Koalitionszeit gesagt haben, der Schilling darf nicht kleiner werden und er ist trotzdem kleiner geworden. Daß dadurch vielleicht Einsparungen, die durch Erfahrung gemacht werden können, durch die Geldentwertung wettgemacht wurden, das ist möglich. Jedenfalls glaube ich, soll man auf allen möglichen Gebieten versuchen, Einsparungen zu machen, nicht aber bei sozialen Einrichtungen, die sich die arbeitenden Menschen jahrzehntelang erkämpft haben.

Kollege Gherbetz hat gesagt, wir Freiheitlichen. Das zwingt mir ein Lächeln ab, Kollege Gherbetz. Ich erinnere mich an Eure Wahlplakate, auf denen zu lesen stand:

"Hart, freiheitlich, fortschrittlich". Bei der Wahl des Landeshauptmannes ward Ihr weniger hart, freiheitlich und fortschrittlich, da habt Ihr einem schwarzen Landeshauptmann die Stimme gegeben.

Zum Kriegerdenkmal möchte ich folgendes sagen. Wir sind nicht grundsätzlich dagegen, aber unsere Forderung ist, daß bei Errichtung eines Kriegerdenkmales auch die Namen der zivilen Opfer des Krieges eingraviert gehören. Es gibt in Steyr ganze Familien, die durch Bombentreffer ausgerottet wurden. Wir sind auch dafür, die

Namen der Freiheitskämpfer, Menschen die den Mut gehabt haben, sich gegen das faschistische Kriegsregime zu stellen, für die Wiedererrichtung der Demokratie ihr Leben einzusetzen und auch zu opfern, aufzunehmen. Auch das sind Opfer des Krieges. Wenn die Gemeinde ein Kriegerdenkmal errichtet, ist sie es auch diesen ihren Mitbürgern schuldig, auch sie als Opfer des Krieges in dieser Gedenktafel zu verzeichnen.

Das wollte ich noch hinzugefügt haben und ich hoffe, daß in Zukunft in Steyr keine Sprecher sein werden, die für Einsparungen bei sozialen Maßnahmen eintreten, die ein Produkt des Kampfes vieler Jahrzehnte der Arbeiterbewegung sind.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wurde heute sehr viel über den Verkehrsbetrieb gesprochen. Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, möchte ich mitteilen, daß die Abfahrzeiten ab 1. Jänner 1968 durch 20 neue Kurse bereits auf 1/2-stündig festgelegt wurden, sodaß der Wunsch des Kollegen Gherbetz und des Kollegen Moser schon erfüllt ist.

Das Wartehäuschen in der Glöckelstraße ist bereits im Programm für nächstes Jahr enthalten und wird ebenfalls erledigt. Die Frage der Johannesgasse - Haratzmüllerstraße ist ein Problem, bei dem verschiedene Faktoren eine Rolle spielen, die die Lösung nicht so einfach machen. Das möchte ich dazu gesagt haben, damit nicht der Verdacht aufkommt, daß das erst auf Grund der jetzigen Beanstandung geschehen ist.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Herr Kollege Baumann!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hoffe, der Herr Bürgermeister ist mir nicht böse, wenn ich zu einem Punkt des Herrn Vizebürgermeisters Stellung nehme. Da ja dem Herrn Bürgermeister noch eine große Anzahl von Anfragen des Herrn Vizebürgermeisters zur Beantwortung übrig bleiben.

Ich möchte aber zu einem Punkt Stellung nehmen, und zwar zur Tagesheimstätte und zu den Urlaubsfahrten. Ich hätte nur einen Wunsch im vorhinein. Man soll sich nicht in der eigenen Gemeinde auf andere Gemeinden ausreden. Die Gemeinden müssen selbst wissen, was sie machen sollen. Wenn eine andere Gemeinde etwas macht, so sollen wir nicht sagen, diese Gemeinde macht das, weil unsere Gemeinde macht bestimmt wieder etwas anderes. Würde man sich absprechen, daß jede Gemeinde dasselbe macht, dann glaube ich, wäre das nicht richtig. Die Tagesstätte für die Alten - das können Sie versichert sein - ist ein Herzenswunsch der sozialistischen Fraktion. Wir haben beschlossen, den Zubau zum Altersheim zu schaffen und wenn der Zubau fertiggestellt ist, werden wir über die andere Sache auch reden. Ich glaube, daß unser Altersheim soviel mit sich bringt, daß jeder sagen muß, daß die Gemeinde für die Alten wirklich etwas übrig hat. Wenn davon gesprochen wurde, man soll einen Raum zur Verfügung stellen, das hat Kollege Moser ausgeführt, so möchte ich sagen, wenn wir schon etwas schaffen, so soll es für die Alten auch schön sein.

Über die Urlaubsfahrten - was Herr Vizebürgermeister ausgeführt

hat - gibt es geteilte Meinungen und wir müssen unterscheiden können, wer etwas hat und wer nichts hat. Ich möchte nur sagen, daß wir für die Fürsorgebezieher jedes Jahr einen Ausflug machen über das Kulturamt, das so nett ist, uns immer wieder einen Zuschuß dazu zu geben. Dabei wird auch eine Jause gegeben. Ich möchte aber auch sagen, daß über das Kulturamt immer die Möglichkeit besteht, billige Ausflüge zu machen. Wer das Amtsblatt durchliest, kann immer wieder sagen, daß hier etwas gemacht wird. Ich glaube, daß unsere sozialistische Gemeinde sich in ganz Oberösterreich sehen lassen kann punkto Sozialleistungen. Wenn Sie das Budget ansehen, glaube ich, werden hier allein S 858.000,-- im Jahr gewährt. Das wird an die Armen der Ärmsten verteilt. Die meisten im Gemeinderat sitzen im Fürsorgeauschuß und wissen Bescheid darüber. Wir haben voriges Jahr trotz der schlechter werdenden Situation einer Verbesserung der Kohlenaktion als sozialistische Fraktion zugestimmt und ich glaube, daß sie in der ganzen Bevölkerung wohlwollend aufgenommen wurde. Meine Bitte geht dahin, wenn wir schon die Mehrheitsfraktion sind, immer wieder für die Alten mitzuhelfen, ihren Lebensstandard so zu gestalten, wie es ihnen zusteht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Herr Kollege Besendorfer bitte!

STADTRAT ALOIS BESENDORFER: Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe aufmerksam den Debattenrednern zugehört. Ein Wunsch ist ausgeblieben, den ich nachholen möchte und zugleich möchte ich um die Unterstützung innerhalb der Ge-

meinde ersuchen. Dieses Anliegen kostet die Gemeinde kein Geld und meiner Meinung nach ist es doch sehr wichtig, das sind die kaufmännische und gewerbliche Berufsschule. Die Schüler sind vor Jahren auswaggoniert worden aus der Kaserne und haben in der Kematmüllerschule eine Notunterkunft erhalten. Diese Notunterkunft ist nach wie vor vorhanden. Es ist zwar eine Zusage vorhanden, in Münichholz ein Berufsschulzentrum zu bauen, der Grund ist bereits von der Stadtgemeinde Steyr angekauft und zur Verfügung gestellt worden, doch weiter hört man nichts. Tatsache ist, daß beispielsweise im Mühlviertel in Rohrbach eine Schule gebaut wird, wo aller Voraussicht nach auch Schüler von Steyr hinkommen, weil sie hier nicht untergebracht werden können und wir dann Gefahr laufen, daß es heißt, wir haben in Steyr keine Schüler mehr, denn diese sind bereits anderweitig vermittelt worden. Ich würde ersuchen, daß sich die Gemeinde tatkräftig einsetzt, um beim Land zu erreichen, daß über die Schaffung eines Berufsschulzentrums nicht nur gesprochen wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Das ist nicht der Fall.

Ich darf Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren!

Ich glaube, ich darf Ihr Einverständnis voraussetzen, wenn ich im Schlußwort nicht auf alle Diskussionsbeiträge im Detail eingehe. Wir wissen ganz genau, daß jeder Fraktion und auch einzelnen Gemeinderäten besondere Wünsche am Herzen

liegen. Sie sehen in der Budgetsitzung die geeignete Möglichkeit, diese Wünsche zu Protokoll zu bringen, damit sie doch - so wie es heute im Zuge der Diskussion angeführt wurde - einer Erledigung zugeführt werden. Es sind lediglich einige Dinge, die einer relativ einfachen Beantwortung zugeführt werden können, weil sie in ihrer Vorarbeit schon soweit gediehen sind, daß man einiges darüber sagen kann. Da ist zum Beispiel das Kriegerdenkmal. Hier kann gesagt werden, daß der im vergangenen Jahr ausgeschriebene Wettbewerb schon in unseren Händen ist und bereits Mitte Jänner wird die Jury eingeladen zur Auswahl. Dann wird sukzessive weiterberaten, in welchem Zeitablauf wir diese Entwürfe einer Verwirklichung zuführen werden können.

Nun etwas über den Spielplatz Promenade. Es wurde mir von einer Organisation das Angebot gemacht, sie wollen, wenn wir bereit sind, den Kinderspielplatz im Schloßpark auszubauen, in privater Initiative den Spielplatz mit Geräten usw. versorgen. Wir wollen ebenfalls noch im nächsten Monat diesen Kontakt einer genauen Präzisierung zuführen, sodaß auch diesem Wunsch Rechnung getragen werden kann.

Ich muß auch etwas über das Hallenbad sagen, weil mich Kollege Moser zitiert hat, ich würde in der Schlußrede darüber sprechen. Wir haben im vergangenen Jahr eine Vorwärmanlage im Bad installiert und haben es damit, nicht nur durch den günstigen Wetterablauf, sondern auch durch die Vorwärmung des Wassers erreicht, die Badesaison wesentlich zu verlängern. Wir haben uns als nächste Etappe vorgestellt und im Budget verankert, dem dringendsten Wunsch des Schwimmenlernens und der sportlichen Betätigung der hier zuständigen Sportorganisationen durch ein Lehr-

schwimmbecken nachzukommen. Es ist meiner Meinung nach keine Fehlinvestition, ein solches Schwimmbecken schon heute zu verwirklichen. Auch mehrere solcher Lehrschwimmbecken wären in Steyr berechtigt. So wie die Schulen einen Turnsaal besitzen, werden wir es sicher noch erleben, daß es zu einer Forderung des Schulplanes gehören wird, auch zu jeder Schule ein Lehrschwimmbecken zu bauen. Jedenfalls stehen wir an den Anfängen dieser Bewegung. Wir wollen diesen Anfängen dadurch Rechnung tragen, daß wir uns vorerst um ein Lehrschwimmbecken bemühen. Die dritte Etappe wäre das repräsentative, für alle Möglichkeiten ausgerüstete Hallenbad. Der Kostenaufwand für ein solches Hallenbad liegt derzeit bei 35 - 40 Millionen Schilling. Das ist kein übertriebener Aufwand, das ist ein Hallenbad, das ungefähr den Bedürfnissen der Gegenwart einigermaßen entsprechen würde. Ich kann heute noch nicht sagen, wie sich die Gemeinderäte zu den Beratungen - wir werden sicher im Laufe des Jahres darüber beraten - entscheiden werden bei der Realisierung dieses Gedankens. Das will ich vorerst über dieses Problem sagen.

Es wurde uns vorwurfsvoll gesagt, daß wir mehr als bisher intervenieren müssen, beim Land, beim Bund, damit diese die ihnen zustehenden Aufgaben im Bereiche und zum Nutzen unserer Stadt erfüllen. Wir haben bisher sicher jede Möglichkeit genutzt, dies zu tun. Wir sind bei den verschiedensten Ministerien vorstellig geworden. Freilich mit einem Erfolg, der noch einen sehr geringen Wirkungsgrad aufzeigen konnte, weil eben so viele Bedürfnisse auch von diesen Körperschaften zu befriedigen sind und hier nicht Steyr allein im Land OÖ ist. Wir werden jede Gelegenheit auch in Zukunft - ich bitte Sie dabei um Ihre Mitarbeit Herr Vizebürgermeister -

wahrnehmen und alles in Bewegung setzen, um auch Möglichkeiten, die nicht direkt in der Gemeinde Steyr liegen, sondern in anderen, für uns nützlich werden zu lassen. Ich bitte Sie auch um Intervention, wenn es darum geht, bei neuen Finanzausgleichen die Interessen der Städte zu vertreten. Ich weiß, Sie werden hier, lokal gesehen, mitmachen.

Berufsschulzentrum war auch eine Frage, die schon erklärt werden kann. Es ist uns bekannt, daß der Architektenwettbewerb um die Gestaltung dieses Berufsschulzentrums abgeschlossen ist und auch in Kürze mit der Jurierung begonnen wird. Wir haben Hoffnung, daß im kommenden Jahr schon Anfänge zu diesem Projekt zu sehen sein werden. Wenn wir auch wissen, daß mit der Jury noch eine relativ lange Detailplanung verbunden ist.

Es ist in der Diskussion fast mehrmals aufgetaucht: "Wenn wir schon Schulden machen, dann machen wir sie gründlich".

Verehrte Damen und Herren!

Schütten wir das Kind nicht mit dem Bad aus. Ich bin hier nicht dieser Meinung, daß wir, wenn wir schon Schulden machen, sie über die Möglichkeiten hinaus tätigen, die wir sehen in der Rückzahlung dieser Schulden. Jeder Schilling, der uns geliehen wird, muß mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden. Wenn wir heute sozusagen über die Stränge schlagen würden, würden es nicht mehr wir in den kommenden Jahren, sondern lange nach uns kommende Gemeindefunktionäre büßen müssen und damit die Gemeindefunktionäre der kommenden Jahre wesentlich erschweren. Ich bin der Meinung, daß wir nicht allzu kleinlich sein sollen, daß wir die Kredite für jene Vorhaben, die dringend notwendig sind, sowie ich es eingangs meines Berichtes erwähnt habe, aufnehmen müssen. Aber hüten wir uns, hier eine allzu

leichte Hand zu haben.

Einem Problem müssen wir - das ist auch aus der Diskussion hervorgegangen - mehr Gewicht beimessen als bisher. Wir müssen sehr genau überlegen, was wir von dem großen Katalog - es wurden heute daraus einige Seiten vorgetragen - der kommunalen Erfordernisse vordringlicher behandeln, vielleicht zum Teil in etwas vereinfachter Ausführung verwirklichen wollen, solange wir noch so knapp bei Kasse sind. Wir müssen gerade in der Gegenwart den Schilling nicht einmal, sondern zweimal umdrehen, bevor wir ihn ausgeben.

Sie haben sich grundsätzlich zu dem Budget 1968 einhellig positiv bekannt und haben dafür gestimmt, daß es Gesetz wird, durch Gemeinderatsbeschluß.

Es ist selbstverständlich, daß wir nicht in allen Details, das hat auch die Diskussion ergeben, gleicher Meinung sind. Die Gemeindevertretung ist ja zusammengesetzt aus den verschiedensten Kreisen unserer Bevölkerung, die ihrerseits Sie mit Aufträgen hierher gesandt haben, die ihren Interessensgebieten entsprungen sind. Diese sind nicht nur politischer Natur. Wir sind hier politisch zusammengesetzt, aber jede Fraktion hat wieder viele verschiedene Interessen zu vertreten, z. B. die der Siedler und die der Sportler. Diese Interessen sind natürlich oft widerstrebend und oft schwer miteinander vereinbar. Da müssen wir uns bemühen, alle diese verschiedenen Aufträge, diese verschiedenen berechtigten und notwendigen Wünsche der Bevölkerung unserer Stadt ins richtige Gewicht zu bringen. Die Diskussion ist hiezu - das hat auch der heutige Tag gezeigt - ein geeignetes Instrument, um ein Optimum der Verwirklichung dieser verschiedenen Vorhaben treffen zu können.

Wenn ich Ihnen zum Schluß herz -

lich danke für die objektive Diskussion, für die positive Einstellung zum Budget 1968, so möchte ich Sie jetzt noch bitten, bei der Realisierung dieses Budgets, dessen Zeitdauer ein volles Jahr ist, ebenso objektiv und intensiv mitzuarbeiten. Ich bin überzeugt, daß wir am Ende des kommenden Jahres wieder beisammen sein können und uns Rechenschaft darüber ablegen können, haben wir gut gearbeitet, haben wir im Interesse unseres Auftraggebers, haben wir im Interesse der Gemeinde gearbeitet. Noch einen Dank an die Sprecher, die den Beamten und den Bediensteten unserer Gemeinde schon ihre Anerkennung gezollt haben. Dieser Dank findet auch darin Ihre Anerkennung, daß ich heute Gelegenheit hatte, hervorzuheben, daß wir ein nicht kleiner gewordenen Arbeitspensum doch mit einem relativ geringen Stand an Personal bewältigen konnten und das soll dem Personal als meine Anerkennung gelten.

Nun bitte ich Sie, durch die Abstimmung Ihr Votum zum Budget 1968 zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LSI PROF. STEPHAN RADINGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort.

Die Sprecher der Fraktionen haben zwar schon zu erkennen gegeben,

daß sie dem Budget die Zustimmung geben wollen. Wir wollen aber dennoch die Abstimmung vornehmen.

Ich darf jene Damen und Herren, die dem Budget und dem Antrag, den der Herr Bürgermeister verlesen hat, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke. Gegenprobe? Danke. Einstimmig angenommen.

Ich möchte auch im Rahmen der sozialistischen Fraktion Herrn Bürgermeister dafür danken, daß er im vergangenen Jahr für uns alle ein Vorbild an Fleiß und Pflichterfüllung war. Wir wünschen ihm, der ja so gehetzt ist durch den Terminkalender, daß er in den kommenden Weihnachtsfeiertagen etwas Ruhe finden möge und im kommenden Jahr wieder gestärkt an der Spitze unserer Gemeinschaft stehen möge.

Der Dank gilt selbstverständlich auch von Seiten meiner Fraktion allen Beamten und Bediensteten des Magistrates und die Wünsche für das kommende Fest allen Mitgliedern des Gemeinderates.

Herr Bürgermeister wir wünschen alles Gute!

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Allgemeiner Applaus!

Ende der Sitzung: 18.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Alfred Eichel
Gerhard Gugenberger

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Willy Rindolf
Walter Moys